

Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

11/2011

Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2011

2010 ereigneten sich vier von zehn Straftaten der Region
in der Landeshauptstadt Stuttgart

Das kommunalpolitische Interesse der jungen
Stuttgarter/-innen ist deutlich gestiegen

Die solidesten Hochburgen der Wahlbeteiligung
und -enthaltung

Die derzeit stärkste Gruppe bei den Wahlen:
Die Nichtwähler

Stuttgarter Zahlenspiegel



Aktuelle Grafik:

2010 ereigneten sich vier von zehn Straftaten der Region in der
Landeshauptstadt Stuttgart 371

Kurzberichte:

Das kommunalpolitische Interesse der jungen Stuttgarter/-innen
ist deutlich gestiegen 372

Die solidesten Hochburgen der Wahlbeteiligung und -enthaltung 376

Die derzeit stärkste Gruppe bei den Wahlen: Die Nichtwähler 377

Hauptbeitrag:

Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2011 379

Veröffentlichungen zu den Themen Rückseite

Impressum:

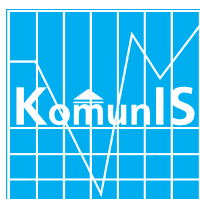
Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 11/2011

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 07 11 2 16-98587, Telefax 07 11 2 16-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



2010 ereigneten sich vier von zehn Straftaten der Region in der Landeshauptstadt Stuttgart

Robert Gunderlach

Zum Jahreswechsel 2010/11 wurden im Stadtkreis Stuttgart 58 352 vollendete oder versuchte Straftaten gezählt und von der Polizei 26 019 Tatverdächtige ermittelt, wobei Mehrfachtäter nur einmal gezählt werden. Grundlage für die Daten ist die polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS). Diese ist eine Statistik der polizeilich bekannt gewordenen Delikte und Tatverdächtigen (ohne Dunkelfeld). 27 Prozent der Tatverdächtigen sind Frauen. 37 Prozent der einer Straftat verdächtigten haben keinen deutschen Pass. Drei Viertel der Tatverdächtigen sind Erwachsene über 21 Jahre. Insgesamt wurden 64 Prozent der Straftaten 2010 in Stuttgart aufgeklärt.

Die Landeshauptstadt Stuttgart ist im Jahr 2010 mit 9699 Straftaten pro 100 000 Einwohner (andere Lesart: 97 auf 1000) eine der sichersten Großstädte in der Bundesrepublik. Im Regionalvergleich ist dieses Zahlenverhältnis dagegen mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen der Region oder der Region ohne Stuttgart (4320) und auch landesweit (5324). Die Kernstadt Stuttgart hat eine gewisse regionale Sogwirkung für Kriminalität. 2010 ereigneten sich 39,5 Prozent der Straftaten der Region in der Landeshauptstadt. 2005 waren es 37,0 Prozent und im Jahr 2000 sind es 39,4 Prozent gewesen. Dazwischen gab es jährliche Schwankungen, die zwischen 35,9 bis 40,0 Prozent lagen. Gleichwohl ist das subjektive Sicherheitsgefühl der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger laut Stuttgarter Bürgerumfragen nachdrücklich gestiegen.

Abbildung 1: Anteil der Straftaten in Stuttgart an den Straftaten in der Region seit 2000

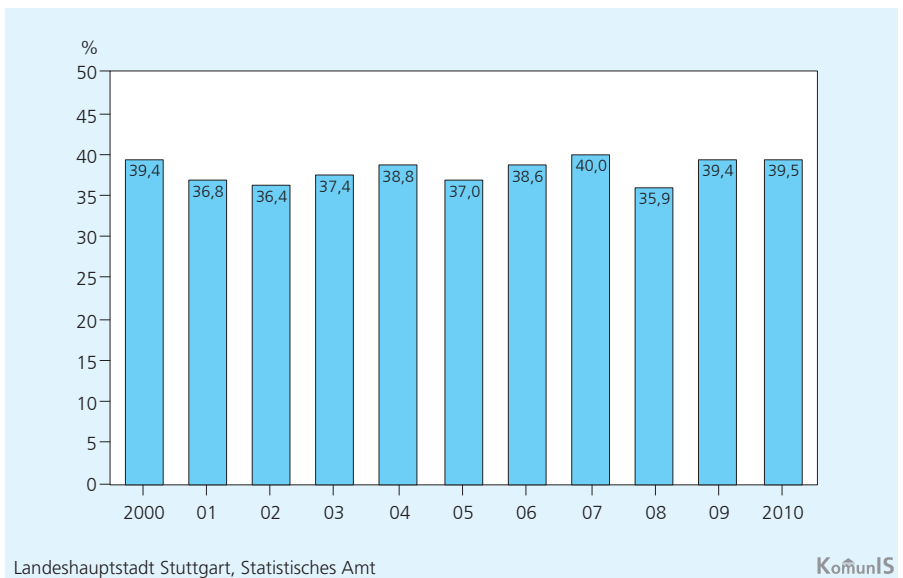
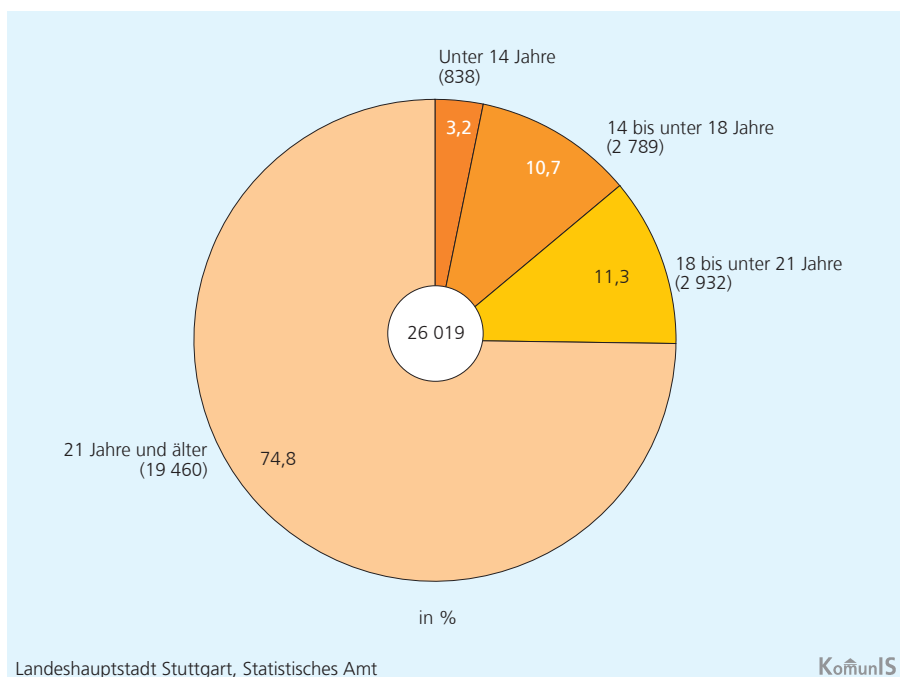


Abbildung 2: Tatverdächtige in Stuttgart 2010 nach Alter



Das kommunalpolitische Interesse der jungen Stuttgarter/-innen ist deutlich gestiegen

Michael Haußmann

Misst man das kommunalpolitische Interesse in Deutschland an den Beteiligungsquoten der Kommunalwahlen, könnte man schnell zum Schluss kommen, dass dieses immer weiter abnimmt. Anfang der 1980er-Jahre wurden in den deutschen Flächenländern auf der kommunalen Ebene noch zwischen 60 und 80 Prozent Wahlbeteiligung erreicht, inzwischen liegen die Quoten in sechs der 13 Flächenländer unter der 50 Prozent-Marke. Bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2007 und 2009 wurde die 40 Prozent-Schallmauer sogar erstmals nach unten durchbrochen (vgl. Abbildung 1).

Die anhaltende Talfahrt der Wahlbeteiligung wurde in den meisten Ländern durch die Kombination mit der Europawahl (EW) etwas gedämpft. Allein in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg konnte durch die Koppelung mit der Bundestagswahl (BTW) eine deutlich überdurchschnittliche Beteiligung von rund 80 Prozent erzielt werden. Dass die Talsohle der Wahlbeteiligung zumindest erreicht, wenn nicht überschritten ist, lassen zumindest die jüngsten Ergebnisse in den Ländern Hessen, Niedersachsen, Saarland, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg erhoffen. Dort konnten nach längerer

Zeit wieder leichte Zuwächse beobachtet werden (vgl. Abbildung 1). In Baden-Württemberg ist eine solche Trendwende (noch) nicht zu erkennen – in Stuttgart ist zumindest eine Stagnation zu konstatieren (vgl. Abbildung 2). Allenfalls die deutlich gestiegene Beteiligung an der jüngsten Landtagswahl lässt hier für die Zukunft hoffen.

Wenn man ausschließlich die Wahlbeteiligung betrachtet, muss man sich fragen, ob diese das kommunalpolitische Interesse überhaupt abbilden kann. Im Rahmen der Wahltagsbefragung des Statistischen Amts zur

372

Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in den deutschen Flächenländern seit 1978

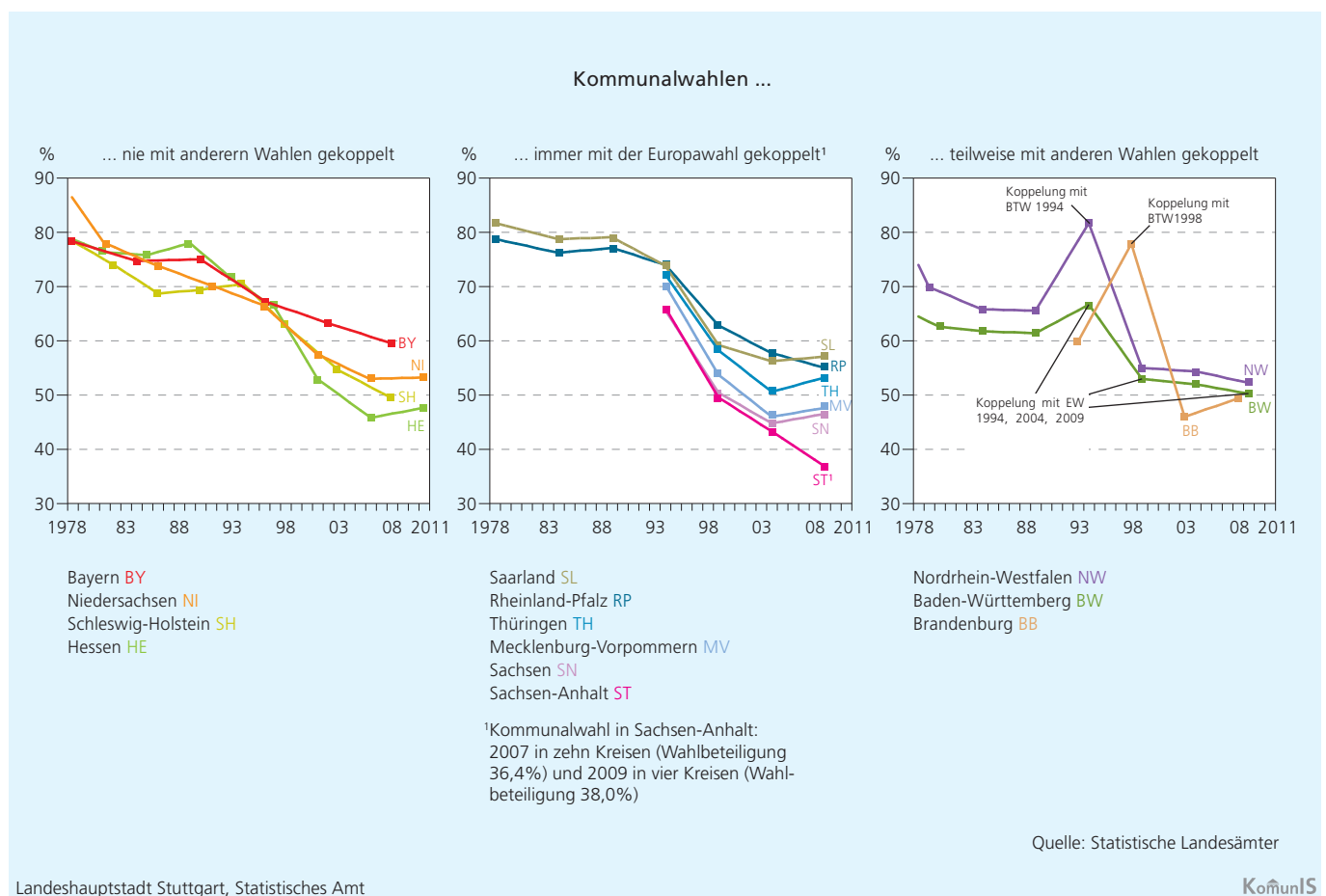
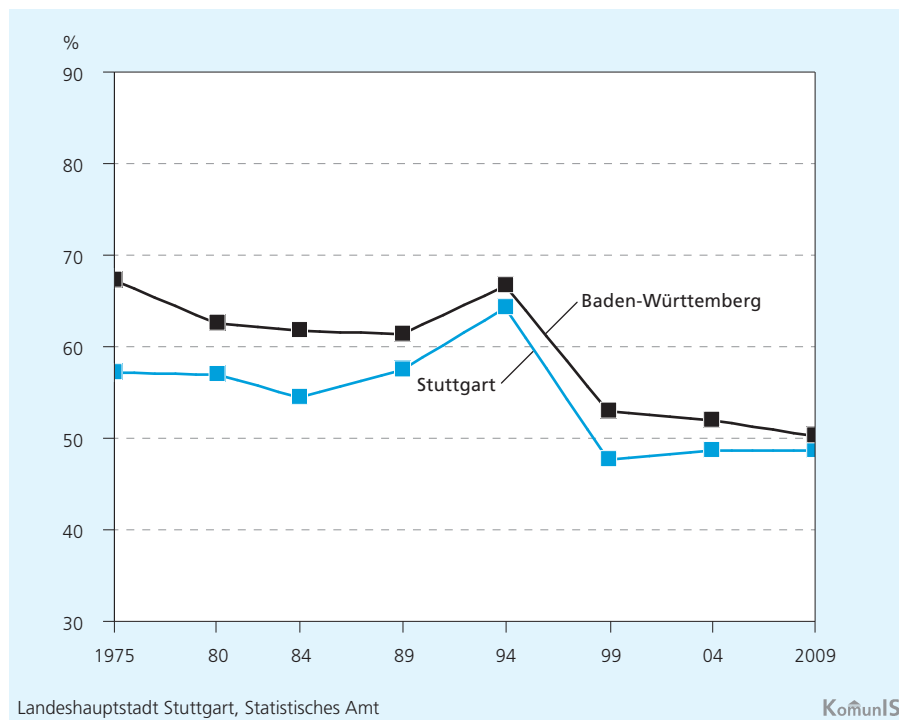


Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg und Stuttgart seit 1975



praktiziert. Damals gaben 55 Prozent an, „stark interessiert“ oder zumindest „interessiert“ zu sein. In den Folgejahren stagnierte dieser Wert dann bei etwa 46 Prozent.

Inzwischen hat sich in Stuttgart einiges kommunalpolitisch ereignet. Das Thema Stuttgart 21 wurde „heiß und innig“ diskutiert. Zahlreiche Infoveranstaltungen und nicht zuletzt die Schlichtung sowie der anschließende Stresstest haben sicherlich dazu beigetragen, kommunale Planungsthemen in Stuttgart weiter in den Vordergrund zu rücken. Dies könnte durchaus eine Erklärung dafür sein, dass 53 Prozent der Stuttgarter/-innen aktuell wieder angeben, an der Kommunalpolitik „sehr interessiert“ oder zumindest „interessiert“ zu sein (vgl. Tabelle 1). Das sind immerhin sieben Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen Abfrage im Rahmen der Bürgerumfrage 2007¹.

Gemeinderatswahl 2009 haben nur 49 Prozent aller befragten Wähler/-innen angegeben, dass kommunalpolitische Aspekte für ihre Wahlentscheidung ausschlaggebend waren. 51 Prozent gaben an, dass bundes- oder landespolitische Themen sie zur Stimmabgabe bewegt haben. Andererseits liegen keine Erkenntnisse vor, wie viele kommunalpolitisch interessierte Wahlberechtigte

am Wahltag zu Hause bleiben. Die Gründe dafür mögen vom Protest bis zur Einstellung, die anderen werden schon das Richtige wählen, reichen.

Ein schärferes Bild ergibt sich dann, wenn man die Bürger/-innen direkt fragt, wie hoch sie ihr kommunalpolitisches Interesse einschätzen. In Stuttgart wird dies im Rahmen der Bürgerumfrage seit dem Jahr 1997

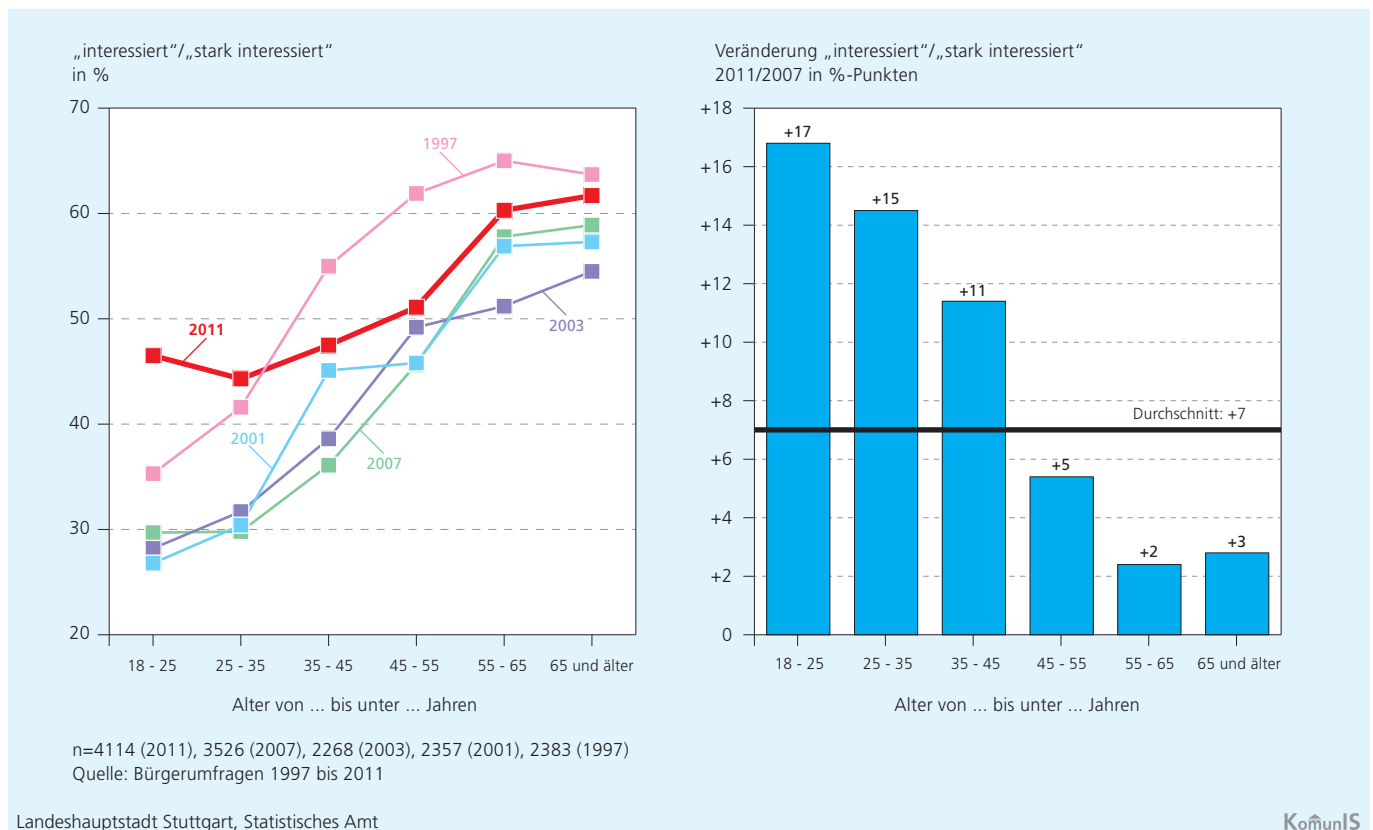
Eine Steigerung gegenüber den Werten von 2007 ist in allen Altersgruppen zu erkennen, am höchsten fällt sie insbesondere in den jüngeren Jahrgängen aus. Bei den 18- bis unter 25-Jährigen fiel das aktuelle Ergebnis 17 Prozentpunkte, bei den 25- bis unter 35-Jährigen 15 Prozentpunkte höher aus als vier Jahre zuvor. In beiden Gruppen wurde damit das höchste Interesse seit der Einführung der Bürgerumfrage gemessen. Das höchste

373

Tabelle 1: Antwort auf die Frage: Wie stark interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik hier in Stuttgart?

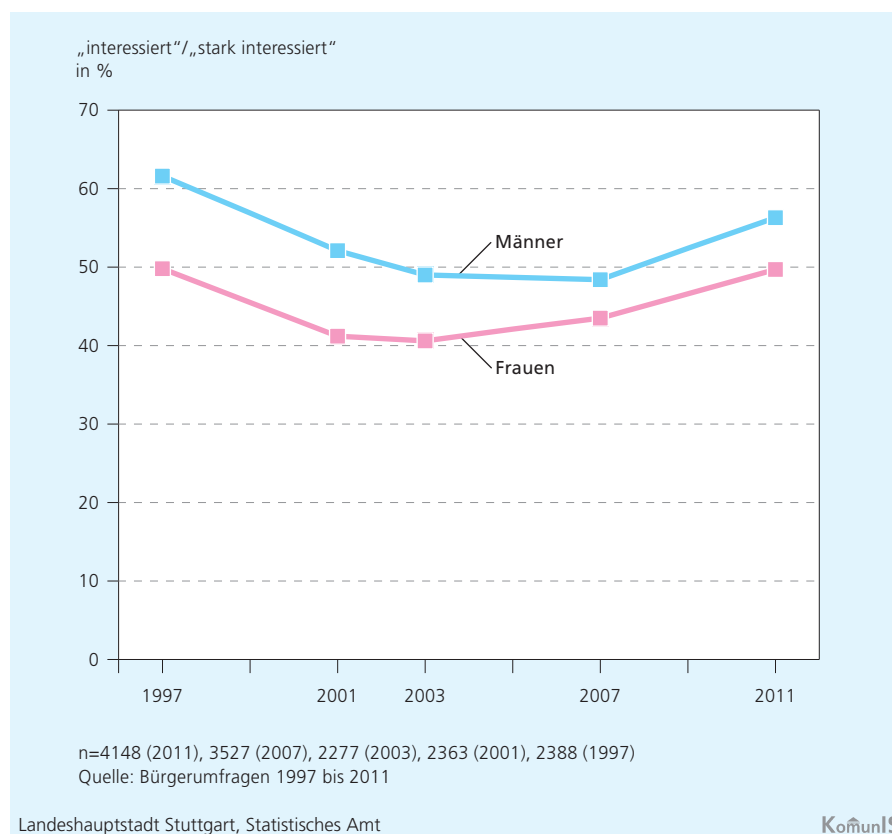
Bürgerumfrage	Stark interessiert	Interessiert	Mittel interessiert	Schwach interessiert	Überhaupt nicht interessiert	Kommunalbarometer
	%					
1997	11	44	29	11	4	62
1999	–	–	–	–	–	–
2001	8	38	31	18	5	57
2003	8	37	30	19	6	55
2005	–	–	–	–	–	–
2007	8	38	32	18	5	57
2009	–	–	–	–	–	–
2011	13	40	29	14	4	61

Abbildung 3: An der Kommunalpolitik in Stuttgart „Stark Interessierte“ beziehungsweise „Interessierte“ nach Altersgruppen



374

Abbildung 4: Kommunalpolitisches Interesse nach Geschlecht 1997 bis 2011

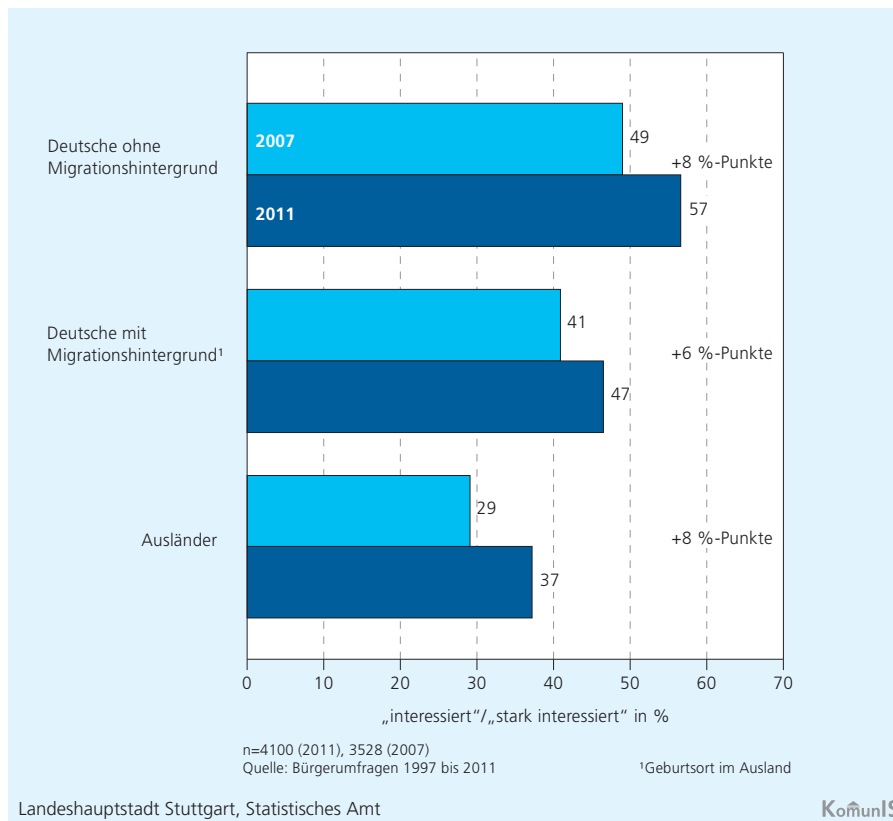


Interesse schreiben sich nach wie vor die älteren Jahrgänge zu, der Abstand zu den jüngeren hat sich nun aber deutlich verringert (vgl. Abbildung 3).

Nach wie vor ist das Interesse für kommunalpolitische Themen bei Männern ausgeprägter als bei Frauen. Der Abstand zu den Männern hat sich aber über die Jahre langsam verringert: Während die Männer im aktuellen Jahr den Rekordwert von 1997 nicht mehr erreichen konnten, war das bei den Frauen der Fall (vgl. Abbildung 4).

Auch bei den Stuttgarter/-innen mit Migrationshintergrund kann man ein gestiegenes kommunalpolitisches Interesse feststellen. Die Steigerung gegenüber 2007 lag hier im durchschnittlichen Bereich (insgesamt: +7 %-Punkte), der Abstand zu den Deutschen ohne Migrationshintergrund blieb aber gleich. Das kommunalpolitische Interesse der Pass-Ausländer ist weiterhin geringer als das der Deutschen mit Migrations-

Abbildung 5: Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart 2007 und 2011 nach dem Migrationshintergrund



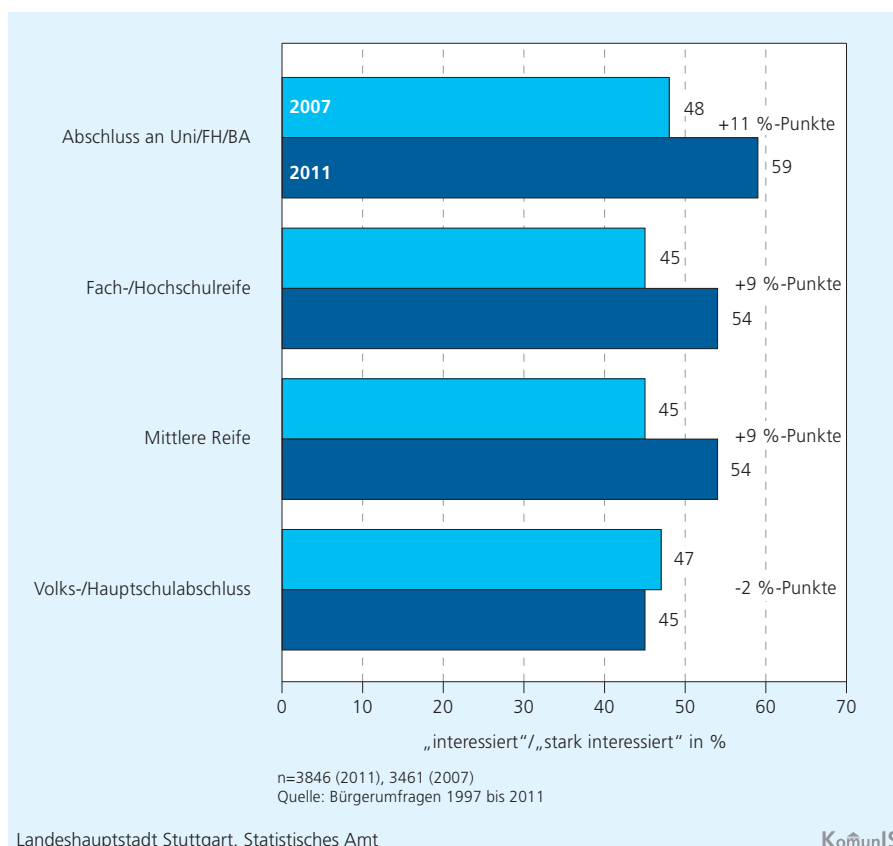
hintergrund, welches wiederum deutlich von den Deutschen ohne Migrationshintergrund übertroffen wird (vgl. Abbildung 5).

Die Abhängigkeit vom Bildungsabschluss ist im Jahr 2011 ausgeprägter als im Vergleichsjahr 2007 zu erkennen. Am interessiertesten sind die Hochschulabsolventen. Diese Gruppe hat mit plus 11 Prozentpunkten auch am stärksten zugelegt. Etwas weniger Interesse an der Kommunalpolitik als vor vier Jahren zeigten die Stuttgarter/-innen mit Volks- oder Hauptschulabschluss.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, kommt man zum Schluss, dass das kommunalpolitische Interesse, insbesondere der jüngeren und gebildeteren Stuttgarter/-innen, nach einer längeren Durststrecke wieder gestiegen ist. Zum einen mag dies an der lebendigen Debatte über das medial omnipräsente Thema Stuttgart 21 liegen, zum anderen zeigen die gestiegenen Wahlbeteiligungsquoten bei den letzten Kommunalwahlen, dass in vielen Teilen Deutschlands derzeit zumindest ein zartes Aufflammen des kommunalpolitischen Interesses vermutet werden kann. Im Interesse einer lebendigen Demokratie bleibt zu hoffen, dass sich dieses Feuer weiter ausbreitet.

375

Abbildung 6: Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart 2007 und 2011 nach dem Bildungsabschluss



¹ Garten Cuezva, Silvia; Haußmann, Michael: Das kommunalpolitische Interesse der Stuttgarter Bevölkerung ist gesunken, in: Statistik und Informationsmanagement, 67. Jg. (2008), Monatsheft 7, S. 192-194.

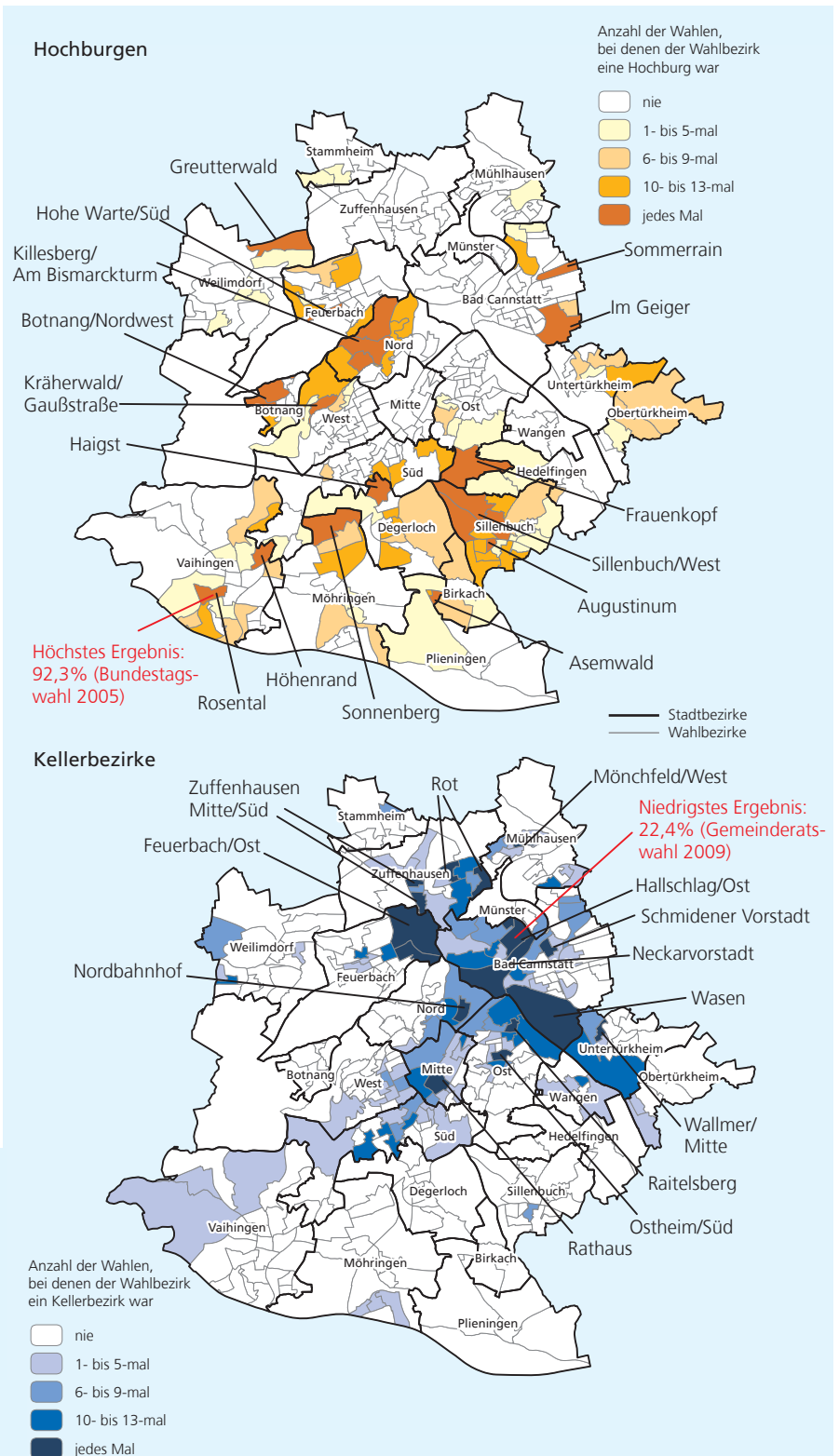
Die solidesten Hochburgen der Wahlbeteiligung und -enthaltung

Michael Haußmann

Die Bezirke mit den treuesten Wähler/-innen sind zugleich Gebiete, die mit hohem Wohlstand in Verbindung gebracht werden: Die Halbhöhenlagen des Stuttgarter Nordens und Westens sowie die privilegierten Lagen auf dem Haigst und dem Frauenkopf zählen ebenso dazu wie das bürgerlich geprägte westliche Botnang und das westliche Sillenbuch. Das Rekordergebnis wurde im Vaihinger Stadtteil Rosental bei der Bundestagswahl 2005 mit 92,3 Prozent erzielt. Wenn man bedenkt, dass schätzungsweise fünf Prozent der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gehen können, weil sie kurzfristig erkrankt oder anderweitig verhindert sind, kann man hier fast von einer vollständigen Mobilisierung reden.

Die Kellerbezirke zeichnen die bekannten sozial benachteiligten Lagen nach: Die durch Industrie und Verkehr geprägten Gebiete entlang der Neckartalachse sowie der Osten von Feuerbach gehören genauso dazu wie das Nordbahnhofviertel und zentrale Bereiche der Innenstadt sowie die Großwohnsiedlungen in Rot, Mönchfeld, Wallmer, Raitelsberg und im Hallschlag. Dort haben sich bei der Gemeinderatswahl 2009 nicht weniger als 77,6 Prozent der Wahlberechtigten der Stimme enthalten.

Karte: Hochburgen und Kellerbezirke der Wahlbeteiligung bei den Bundestags- (Zweitstimmen), Landtags- und Gemeinderatswahlen 1992 bis 2011 in Stuttgart



Die derzeit stärkste Gruppe bei den Wahlen: Die Nichtwähler

Michael Haußmann

Die Gründe, nicht zur Urne zu gehen, sind mannigfaltig: Sie reichen von einer kurzfristigen Erkrankung über eine Fernreise, Desinteresse und Bequemlichkeit bis hin zur Enthaltung aus Protest. Befördert wird die seit Anfang der 1970er-Jahre zu beobachtende Talfahrt der Wahlbeteiligung durch den gesellschaftlichen Wandel: Die Singularisierung¹, die Abnahme von Bindungen an Kirchen, Gewerkschaften, Vereine, Parteien und andere Organisationen bewirken einen abnehmenden sozialen Druck, am Wahlsonntag wählen zu gehen nach dem Motto „da fragt mich doch eh keiner danach“.

Europa-, Kommunalwahlen

In allen Flächenländern lagen die Beteiligungsquoten bei den jeweils letzten Kommunalwahlen unter 60 Prozent, in Sachsen-Anhalt wurde sogar die 40 Prozent-Schallmauer nach unten durchbrochen. Die leicht steigenden Quoten bei den jüngsten Wahlen lassen allerdings vermuten,

dass die Talsohle inzwischen erreicht sein dürfte². Dennoch sind die Nichtwähler in allen Ländern weiterhin mit Abstand die größte Gruppe. Gleiches gilt für die Europawahl. Die „Rekordenthaltung“ in Form einer Wahlbeteiligung von nur 26,9 Prozent in Brandenburg im Jahr 2004 stellt dabei einen historischen Tiefstand dar.

Landtagswahlen

In Baden-Württemberg haben die Nichtwähler die anderen Parteien bei den Landtagswahlen seit 1992 überholt. Gleiches gilt auch für die Landeshauptstadt Stuttgart, wenn auch der Abstand zu den GRÜNEN bei der 2011er-Wahl hauchdünn ausfiel (vgl. Abbildung 1). In den anderen Ländern liegen die Nichtwähler teilweise schon länger vorn. Zuletzt war die CDU bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg im Jahr 2004 noch einmal stärker, nach der darauf folgenden Wahl im Jahr 2008 gelang es in keinem Bundesland mehr, die Nichtwähler zu überbieten.

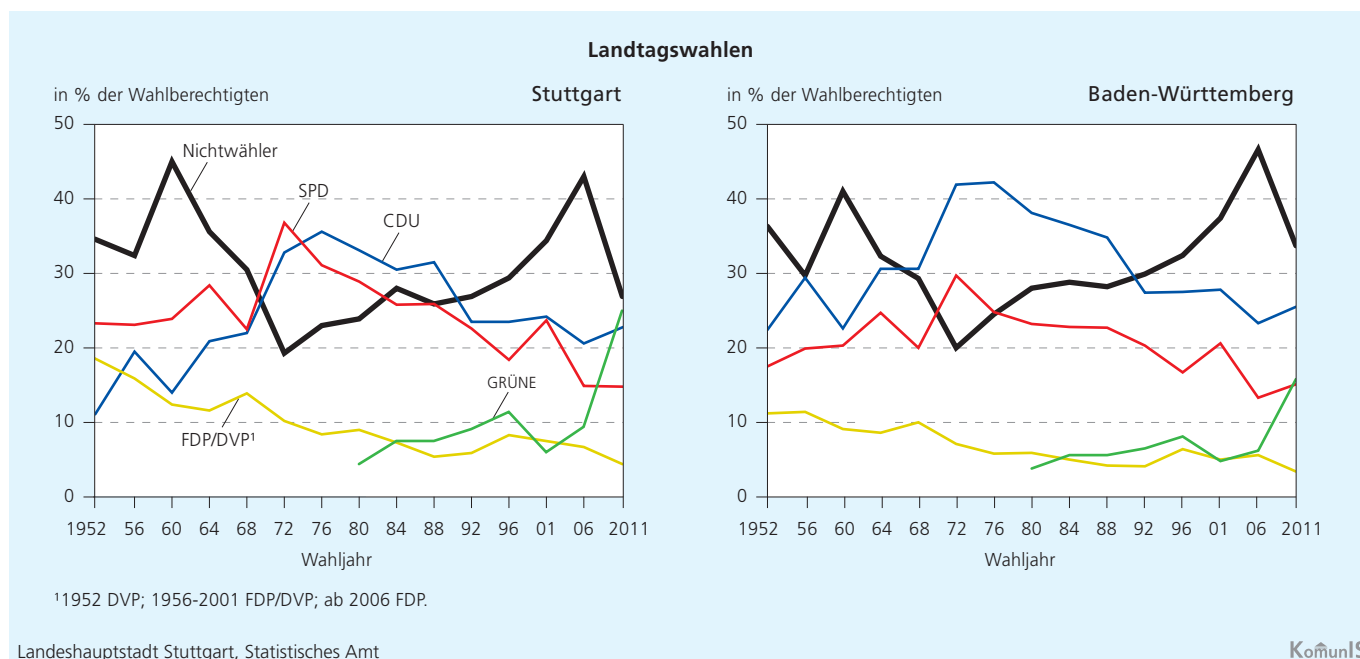
Bundestagswahlen

Mit der Bundestagswahl ist im Wahljahr 2009 die letzte Bastion gefallen, bei der die Nichtwähler noch nicht die größte Gruppe stellte. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in Stuttgart wider (vgl. Abbildung 2). Dies lag allerdings nicht nur an der weiter gesunkenen Wahlbeteiligungsquote, sondern auch an der sich ausweitenden Fraktionalisierung des Parteiensystems³.

Trotz der ernüchternden Zahlen sollte man die Entwicklung nicht dramatisieren. Eine niedrige Wahlbeteiligung muss nicht zwangsläufig Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise sein: Eine wesentliche Ursache kann auch das Vertrauen in das politische System und seine Institutionen und die allgemeine Zufriedenheit mit dessen Funktionsweise sein⁴. Das im Laufe der Jahre stetig gestiegene Bildungsniveau und die ubiquitäre Verfügbarkeit von kritischen Medien legt zumindest nahe, dass den Bürger/-innen der rationale Umgang mit politischen

377

Abbildung 1: Anteil der Nichtwähler und der Parteistimmen an allen Wahlberechtigten bei den Landtagswahlen in Stuttgart und Baden-Württemberg seit 1952



Themen heute leichter fallen dürfte denn je.

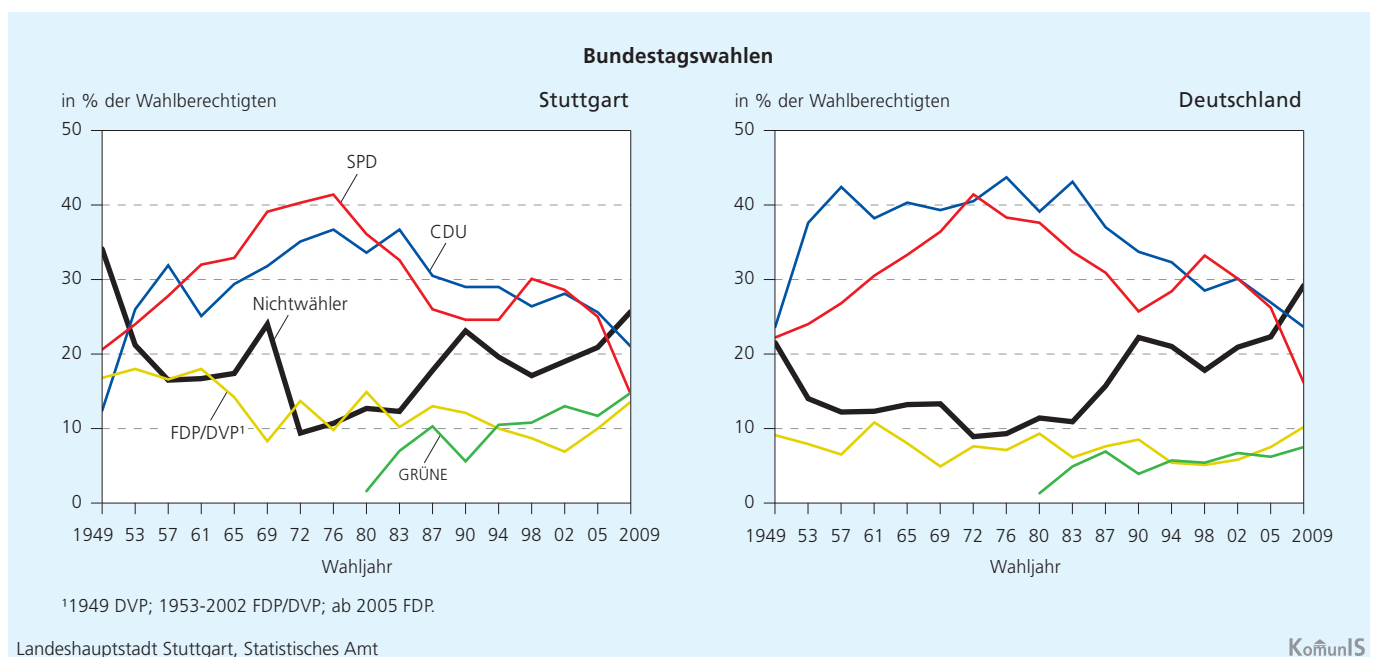
Trotzdem fragen sich die Parteistrategen, wie die Mobilisierung der potenziellen Wähler/-innen besser gelingen kann. Der Tübinger Wahlforscher Eilfort rät: „Polarisierung mobilisiert!“ und weist darauf hin, dass es wohl kein Zufall ist, dass die Rekordwahlbeteiligung von 91,1 Prozent bei der Bun-

destagswahl 1972 bei einer Wahl erreicht wurde, deren Politikinhalt wie zum Beispiel die Ostpolitik sich bei den Spitzenkandidaten diametral entgegenstanden. Ähnliches kann bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2011 vermutet werden, deren Beteiligung um 12,9 Prozentpunkte höher ausfiel als bei der Vorgängerwahl: Ein wesentliches Thema war das Pro oder Kontra zum Bahnprojekt Stuttgart 21.

Doch Polarisierung hat auch Schattenseiten, Schwarz und Weiß in Reinform ist nicht oft zu finden.

Vielleicht gelingt es ja über die Sozialen Medien, wieder sozialen Druck im positiven Sinne aufzubauen. Vielleicht „liken“ es dann künftig wieder mehr Menschen, wählen zu gehen und dadurch über die Zukunft mitzubestimmen ...

Abbildung 2: Anteil der Nichtwähler und der Parteistimmen an allen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen in Stuttgart und Deutschland seit 1949



- 1 Haußmann, Michael: Lebensformen in der Großstadt im Wandel, in: Statistik und Informationsmanagement, 66. Jg. (2007), Monatsheft 6, S. 157-195.
- 2 Haußmann, Michael: Das kommunalpolitische Interesse der jungen Stuttgarter/-innen ist deutlich gestiegen, in: Statistik und Informationsmanagement, 70. Jg. (2011), Monatsheft 11, S. 372-375.
- 3 Schwarz, Thomas: Das Parteiensystem in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen, in: Statistik und Informationsmanagement, 70. Jg. (2011), Monatsheft 7, S. 228-245.
- 4 Eilfort, Michael: Aktualisierter Beitrag zum Thema „Nichtwähler“, Manuskript, Stand 01.08.2009, 24 S., http://www.eilfort.de/downloads/nichtwaehler_08_2009.pdf.

Anke Schöb

Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2011

Umschwung in den Zukunftserwartungen

Die Stuttgarter Bürgerumfrage umspannt mit dem aktuellen Erhebungsjahr 2011 einen Zeitraum über 16 Jahre. Damit liegen beginnend mit der ersten Bürgerumfrage 1995 zeitbezogene Informationen zur Lebensqualität der Stuttgarter Bevölkerung und ihren Erwartungen gegenüber der Stadtverwaltung vor. Wie zufrieden sind die Bürger mit wichtigen Lebensbereichen? Welches sind die größten Probleme in Stuttgart, und für welche Aufgabenbereiche sollte vorrangig mehr Geld ausgegeben werden? Diese Standardfragen stehen in der Stuttgarter Bürgerumfrage im Mittelpunkt und ermöglichen das Aufzeigen von sich ändernden und gleich bleibenden Meinungen und Einstellungen in der Bevölkerung.

In der Stimmungsbilanz für 2011 zeigt sich eine positive Bewertung der gegenwärtigen Lebensqualität in Stuttgart: Die Bindung an Stuttgart als Wohnort und die allgemeine Zufriedenheit mit Stuttgart verzeichnen hohe Werte. Ein vollständiger Umschwung zeigt sich in den Zukunftserwartungen der Stuttgarter Bevölkerung. In der diesjährigen Befragung findet sich eine deutlich optimistischere Beurteilung der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarkts (vgl. Abbildung 1) und der wirtschaftlichen Entwicklung in Stuttgart (vgl. Abbildung 2). Die pessimistische Einschätzung in 2009, mit mehr als 60 Prozent der Befragten, die erwarten, dass die Arbeitslosigkeit beziehungsweise wirtschaftliche Lage eher oder viel schlechter wird, ist auf 20 Prozent (Arbeitslosigkeit) beziehungsweise 22 Prozent (wirtschaftliche Lage) zurückgegangen.

379

Abbildung 1: Einschätzung der Arbeitslosigkeit in den nächsten vier Jahren bei den Bürgerumfragen 1999 bis 2011

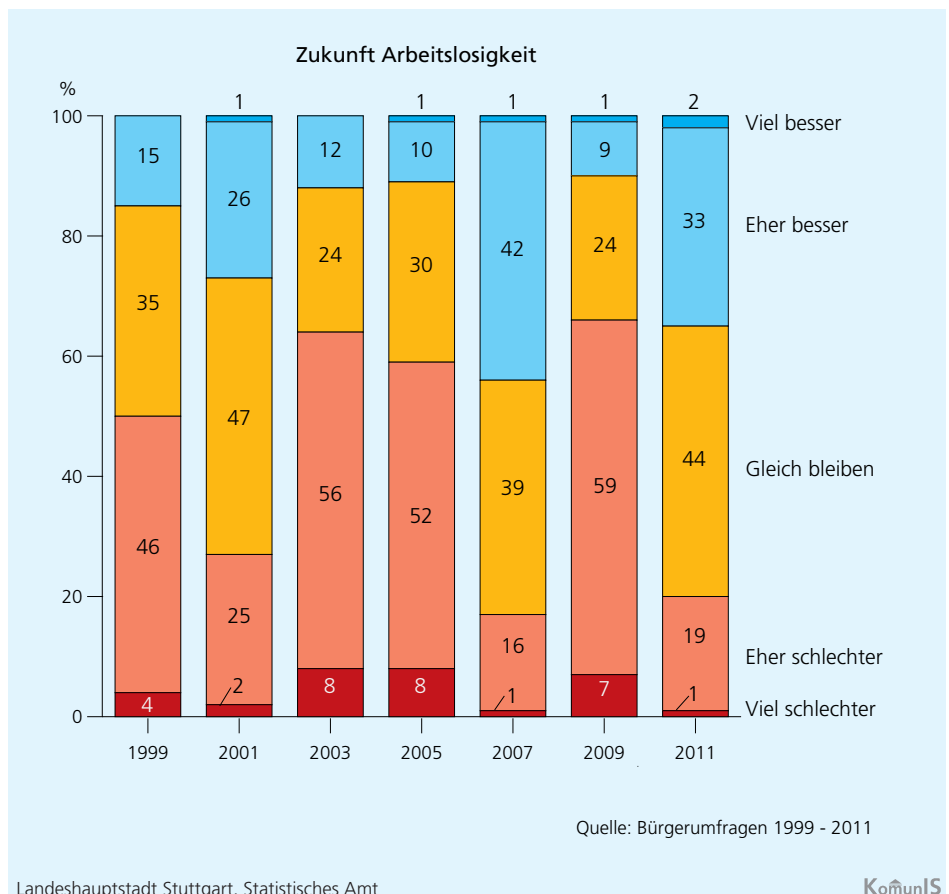
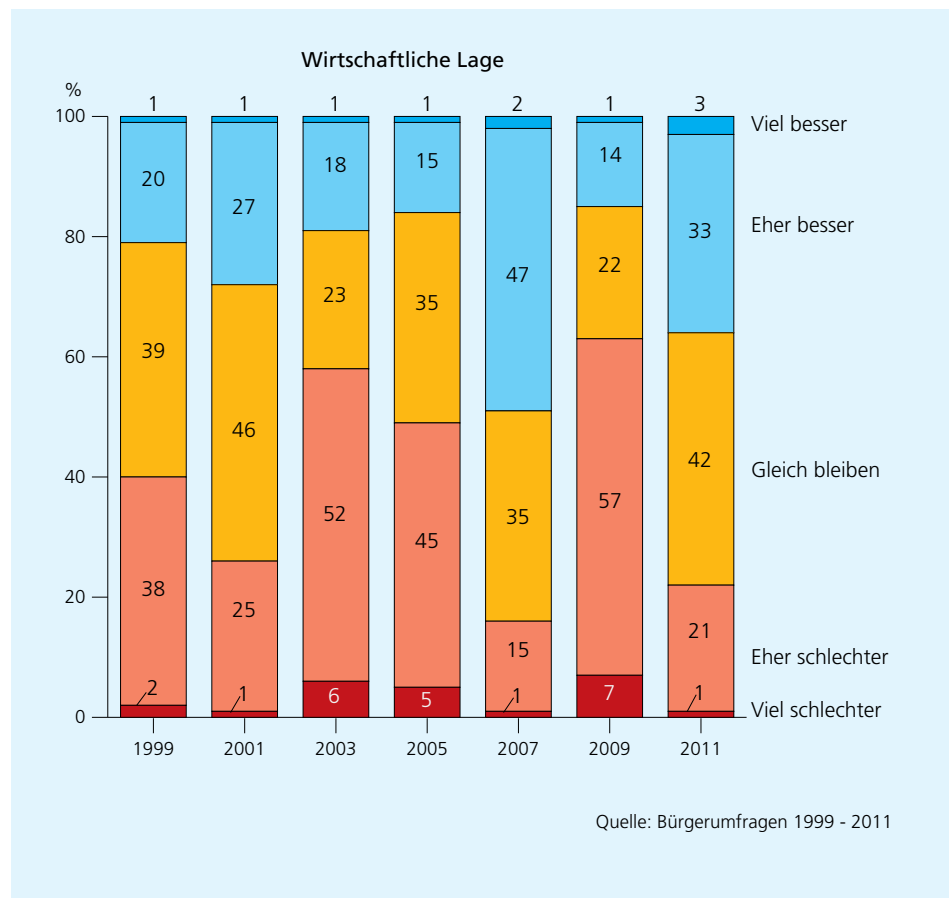


Abbildung 2: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in den nächsten vier Jahren bei den Bürgerumfragen 1999 bis 2011



Methodische Aspekte der Bürgerumfrage

Hohes Informationsinteresse der Befragten an den Ergebnissen

In der diesjährigen Befragung wurden Ende April 8636 Stuttgarterinnen und Stuttgarter, die ihren Hauptwohnsitz in Stuttgart haben und mindestens 18 Jahre alt sind, angeschrieben und gebeten, an der Befragung teilzunehmen. Die Teilnahme an der Befragung war schriftlich mit der Rücksendung des versandten Fragebogens und online im Internet möglich. Die Ziehung der Personen erfolgte zufällig auf Basis der Einwohnermeldedatei. Innerhalb des Befragungszeitraumes bis Ende Juni wurden zwei Erinnerungsschreiben versendet. Die Möglichkeit zur Teilnahme an einer Verlosung von Gutscheinen war zusätzlich gegeben. Weiterhin wurde den Befragten angeboten, Informationen über die Ergebnisse der Bürgerumfrage zugesandt zu bekommen. Fast 3000 Bürger nahmen an der Verlosung von Eintrittskarten für städtische Einrichtungen und Veranstaltungen teil und mehr als 2000 Bürger wurden über die ersten Ergebnisse der Bürgerumfrage schriftlich informiert. Zusätzlich war die Option gegeben im Rahmen des online ausgefüllten Fragebogens per email über die Ergebnisse informiert zu werden. Dieses Angebot, über die Ergebnisse per e-mail informiert zu werden, nutzten rund 400 Bürger.

Breites Themenspektrum in der Stuttgarter Bürgerumfrage

Das Spektrum an zusätzlich eingebundenen Themen war in diesem Jahr auch wieder gegeben, wenngleich die Möglichkeiten im Rahmen einer kommunalen Mehrthemenbefragung mit regelmäßig erhobenen Standardfragen begrenzt sind. Als weitere vertiefte Themenbereiche wurden Fragen zur Sicherheit in Stuttgart, Gesundheit, Verkehrsmittelnutzung, Umwelt, Medien und zur Situation von Familien mit Kindern erhoben. Diese Themenbereiche werden gesondert ausgewertet, in diesem Beitrag stehen die regelmäßig erhobenen Standardfragen der Stuttgarter Bürgerumfrage im Mittelpunkt.

Tabelle 1: Ausschöpfungsquote der Stuttgarter Bürgerumfragen in der zeitlichen Entwicklung¹

	2011	2009	2007	2005	2003	2001	1995
Bruttostichprobe	8 636	8 727	8 674	8 635	7 000	6 934	5 013
Realisierte Stichprobe ²	4 304	3 838	3 650	3 388	2 398	2 546	2 142
Ausschöpfung (brutto) in %	50	44	42	39	34	37	43

¹ Für 1997 und 1999 liegen keine genauen Angaben über die Bruttostichprobe vor.

² Anzahl der zurückgesandten und gültigen Fragebögen.

Quelle: Bürgerumfragen 1995 und 2001 – 2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Hohe Beteiligung an der Umfrage

Insgesamt 4304 Bürgerinnen und Bürger haben sich an der Umfrage beteiligt. Die Ausschöpfungsquote liegt bei 50 Prozent, ein Wert der deutlich über den früheren Erhebungsjahren liegt (vgl. Tabelle 1). Welcher Faktor bestimmend für diesen Anstieg ist, kann nicht eindeutig bestimmt werden, da auf die Teilnahmebereitschaft bei einer schriftlichen Befragung mehrere Faktoren gleichzeitig wirken können, wie zum Beispiel die Themen der Befragung, eine höhere Mobilisierungsbereitschaft der Bevölkerung in Wahljahren oder ein Bedeutungsgewinn von Umfragen als Beteiligungsinstrument in der Bevölkerung. Auch die Einführung der Web-Option kann, wie schon 2009, eine Ursache für den Anstieg sein. Insgesamt steht jedoch die Entwicklung bei der Stuttgarter Bürgerumfrage dem Trend sinkender Stichprobenausschöpfung in der Umfrageforschung entgegen.¹ Die Ausschöpfungsquote wird auf Basis der Rücklaufstatistik berechnet, bei der die verschiedenen Gründe der Nichtteilnahme erfasst werden, die sich im Rahmen der Befragung ergeben haben. Als wesentliches Zuordnungskriterium zu den systematischen gegenüber den stichprobenneutralen Ausfällen wurde das Kriterium gewählt, dass die ausgewählte Person eine potenzielle Chance zur aktiven Teilnahme an der Befragung besitzt.² Aus Gründen der Vergleichbarkeit über die einzelnen Erhebungsjahre wird als Bezugsgröße der Berechnung die unbereinigte Bruttostichprobe verwendet.

Einschätzung der Genauigkeit der Ergebnisse der Bürgerumfrage

Zur differenzierten Beurteilung der Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage kann die Genauigkeit der Stichprobe berücksichtigt werden. Die ermittelten Anteilswerte beziehungsweise Mittelwerte sind – wie bei jeder Stichprobe – stets geschätzte Werte für den tatsächlichen, aber unbekannten Wert in der Stuttgarter Bevölkerung. Als Beispiel: Ermitteln wir in der Bürgerumfrage 2011 für eine bestimmte Einstellung einen Anteilswert von 50 Prozent bei 4304 Befragten, dann liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent der tatsächliche Wert in der Bevölkerung zwischen 49 und 51 Prozent, im so genannten Vertrauensbereich. Dabei hängt die Größe des Vertrauensbereichs allerdings von der Gesamtzahl an Antworten zu einer Frage ab. Es gilt: Je kleiner die befragte Gruppe ist, desto größer wird der Vertrauensbereich und somit die Unsicherheit, dass der ermittelte Wert aus der Umfrage nahe dem tatsächlichen Wert in der Stuttgarter Bevölkerung liegt.

Niedrige Beteiligung der Jüngeren und der ausländischen Bevölkerung

Eine Auswahl soziodemographischer Stichprobenkennwerte ist in Tabelle 2 den Parametern in der Stuttgarter Gesamtbevölkerung gegenübergestellt. Es zeigt sich, dass insbesondere die Bevölkerung mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in der Stuttgarter Bürgerumfrage unterrepräsentiert ist. Die geringere Beteiligung ausländischer Befragter ist dabei wahrscheinlich eine Kumulation von verschiedenen Faktoren, die sich aus dem Erhebungsdesign einer postalischen Befragung, der Fragebogenkonzeption (Sprachprobleme bei der Beantwortung des Fragebogens) und struktureller Gründe (i.d.R. niedrigeres Bildungsniveau bei ausländischen Befragten) ergeben. Eine niedrigere Bereitschaft, den Fragebogen auszufüllen, findet sich auch bei der jüngeren Altersklasse der 18- bis unter 30-Jährigen.

Tabelle 2: Die Stuttgarter Bürgerumfrage 2011 im Vergleich zur Einwohnerstatistik

Merkmal	Bürgerumfrage 2011				Einwohnerstatistik ⁴	
	ungewichtet		gewichtet ³			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Altersgruppen						
18 bis unter 30 Jahre	634	15	649	15	89 756	19
30 bis unter 45 Jahre	1 149	27	1 192	28	132 423	28
45 bis unter 65 Jahre	1 407	33	1 384	32	143 108	30
65 Jahre und älter	1 075	25	1 059	25	104 892	22
Insgesamt	4 265	100	4 285	100	470 179	100
Geschlecht						
Männlich	2 027	48	2 047	48	229 761	49
Weiblich	2 226	52	2 223	52	240 418	51
Insgesamt	4 253	100	4 270	100	470 179	100
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	3 720	88	3 736	88	361 909	77
Nicht Deutsch	526	12	528	12	108 270	23
Insgesamt	4 246	100	4 264	100	470 179	100
Familienstand						
Verheiratet ¹	2 408	56	2 372	55	229 111	49
Ledig	1 293	30	1 347	31	171 328	36
Geschieden	292	7	295	7	40 096	9
Verwitwet	272	6	266	6	29 644	6
Insgesamt	4 265	100	4 281	100	470 179	100
Stadtbezirk						
Bad Cannstatt	365	8	447	10	53 747	11
Birkach ²	125	3	46	1	5 014	1
Botnang ²	140	3	107	2	10 469	2
Degerloch ²	149	4	131	3	12 914	3
Feuerbach	176	4	216	5	22 557	5
Hedelfingen ²	126	3	68	2	7 463	2
Mitte	131	3	161	4	18 384	4
Möhringen	220	5	270	6	24 002	5
Mühlhausen ²	341	8	194	4	20 720	4
Münster ²	123	3	46	1	5 113	1
Nord	154	4	192	4	20 005	4
Obertürkheim ²	122	3	57	1	6 501	1
Ost	257	6	318	7	38 186	8
Plieningen ²	125	3	95	2	10 236	2
Sillenbuch	144	3	178	4	18 416	4
Stammheim ²	131	3	95	2	9 746	2
Süd	265	6	323	7	35 871	8
Untertürkheim ²	130	3	124	3	12 949	3
Vaihingen	286	7	353	8	35 784	8
Wangen ²	99	2	51	1	7 017	1
Weilimdorf	183	4	225	5	24 864	5
West	319	7	393	9	41 824	9
Zuffenhausen	191	4	235	5	28 397	6
Insgesamt	4 302	100	4 325	100	470 179	100

¹ Bürgerumfrage 2011 einschließlich verheiratet von Ehepartner getrennt lebend.² Aufstockungstichprobe.³ Designgewichtung nach Stadtbezirken.⁴ Stand der Einwohner ab 18 Jahren zum 31.03.2011.

Sozialräumliche Stichprobenziehung nach Stadtbezirken

Die bisher vorgenommene Stichprobenziehung der Bürgerumfrage auf der Ebene der Gesamtstadt, die eine proportionale Verteilung der Bevölkerung auf die Stadtbezirke zur Folge hat, wurde im Erhebungsjahr 2011 aufgehoben. Die ungleiche Besetzung mit Befragten nach einer Abgrenzung der 23 Stadtbezirke – so reichten für das Erhebungsjahr 2009 diese von 40 (Münster) bis 441 Befragten (Bad Cannstatt) – erschweren einen Stadtbezirksvergleich, da die Vertrauensintervalle zwischen den Stadtbezirken oftmals sehr weit sind und der Nachweis eines signifikanten Unterschiedes aufgrund der Stichprobengröße nicht möglich ist. Um eine bessere sozialräumliche, an administrativen Grenzen orientierte Auswertung für die Bürgerumfrage zu ermöglichen, wurde nach der Ziehung der Grundstichprobe auf der Ebene der Gesamtstadt eine Aufstockung für die Stadtbezirke vorgenommen, die in den Vorjahreserhebungen eine durchschnittliche Nettofallzahl zwischen 100 und 150 Befragten aufweisen. Hierzu zählen die Stadtbezirke Birkach, Botnang, Degerloch, Hedelfingen, Münster, Obertürkheim, Plieningen, Stammheim, Untertürkheim und Wangen. Beim Stadtbezirk Mühlhausen wurde eine Aufstockungstichprobe für die Stadtteile Freiberg und Mönchfeld vorgenommen. Aus stichprobentheoretischer Sicht muss für gesamtstädtische Auswertungen, für die Werte Stuttgart insgesamt, die räumliche Ungleichverteilung durch eine Anpassung der Daten an die tatsächliche Struktur der Gesamtbevölkerung vorgenommen werden. Diese notwendige Designgewichtung bedeutet, dass die Werte für Stuttgart insgesamt nicht aus den Werten der 23 Stadtbezirke direkt ableitbar sind.

Unterschiedliche Nutzerstruktur nach der Beteiligungsform

Die Antwort nach der gewählten Beteiligungsform, ob postalisch oder online, verdeutlicht ähnlich wie im Erhebungsjahr eine ungleiche Nutzung in der Häufigkeit und der demografischen Struktur der Nutzer (vgl. Tabelle 3). Insgesamt haben 3481 Bürger den Fragebogen schriftlich ausgefüllt, 803 Bürger wählten den Zugang zum Fragebogen über das Internet. Der Anteil der Onlineoption an der realisierten Stichprobe liegt bei 19 Prozent. Den Fragebogen häufiger online ausgefüllt haben Personen unter 45 Jahren, Männer, ausländische Staatsangehörige und Ledige. Personen mit einer formal höheren Bildung entschieden sich gleichfalls eher für den Fragebogen im Internet. Die demographische Zusammensetzung der Befragten bei der postalischen Antwortoption weicht zur Einwohnerstatistik insgesamt weniger stark ab. Allerdings wird, wie 2009, durch die Einführung der Web-Option die überproportionale postalische Beteiligung älterer Menschen an der Befragung durch die höhere Onlinebeteiligung jüngerer Menschen nivelliert.

Bezugsgrößen der Berechnungen in Tabellen

Je nach Frage ist der Anteil derjenigen, die entweder keine Aussage machen wollten oder konnten, unterschiedlich groß. Dies ist je nach Frage plausibel, zum Beispiel bei der Beurteilung der weiterführenden Schule oder des Kinderbetreuungsangebotes. Hierzu haben Befragte ohne Kinder oftmals keine Meinung. Die Auswertungen der Stuttgarter Bürgerumfrage beziehen sich nachfolgend auf die Befragten, die eine Einschätzung bei den einzelnen Fragen gegeben haben. Das heißt, Befragte, die keine Einschätzung geben konnten (Kategorie weiß nicht) oder keine Angabe bei der Frage gemacht haben, gehen nicht in die Prozentuierung ein.

Das Stuttgarter Kommunalbarometer

Die Berechnung des in den Tabellen aufgeführten Kommunalbarometers beruht auf dem Anteil der Befragten, die eine Einschätzung gegeben haben, das heißt ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht beziehungsweise keine Angabe. Den Bewertungskategorien, wie zum Beispiel sehr zufrieden, zufrieden, teils/teils, unzufrieden und sehr unzufrieden werden nach der Rangfolge die Werte 100, 75, 50, 25 und 0 zugeordnet. Der Mittelwert bildet den Messwert in Punkten für die momentanen Einstellungen und Einschätzungen der Bürger indirekt vergleichbar mit dem Messwert des Luftdrucks, den man an einem Barometer an der Flüssigkeitssäule ablesen kann.

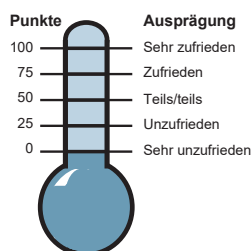


Tabelle 3: Soziodemografische Struktur der Befragten bei der Bürgerumfrage 2011 nach der Antwortoption

Merkmal	Bürgerumfrage 2011 schriftlich		Bürgerumfrage 2011 online	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Altersgruppen				
18 bis unter 30 Jahre	453	13	196	24
30 bis unter 45 Jahre	901	26	291	36
45 bis unter 65 Jahre	1 124	32	260	32
65 Jahre und älter	1 003	29	56	7
Insgesamt	3 481	100	803	100
Geschlecht				
Männlich	1 567	45	480	60
Weiblich	1 904	55	318	40
Insgesamt	3 471	100	798	100
Staatsangehörigkeit				
Deutsch	3 087	89	649	81
Nicht Deutsch	378	11	150	19
Insgesamt	3 465	100	799	100
Familienstand				
Verheiratet ¹	1 969	57	403	50
Ledig	1 003	29	344	43
Geschieden	256	7	39	5
Verwitwet	248	7	18	2
Insgesamt	3 476	100	804	100
Höchster Bildungsabschluss²				
Volks- und Hauptschulabschluss	765	22	126	16
Mittlere Reife, Realschulabschluss	774	23	143	18
Fachhochschulreife, fachgebundene Hochschulreife, Fachoberschule	247	7	58	7
Abitur, allgemeine Hochschulreife	418	12	139	17
Hochschulabschluss	1 023	30	261	33
Insgesamt	3 412	100	799	100

¹ Einschließlich verheiratet von Ehepartner getrennt lebend.² Zu 100 Prozent fehlend Schüler und Personen ohne bzw. mit anderem Abschluss.

Quelle: Bürgerumfrage 2011

Gegenwärtige Lebensqualität in Stuttgart

85 % der Stuttgarter leben gerne in Stuttgart

Die in Zahlen gefasste Sympathieerklärung der Stuttgarterinnen und Stuttgarter zu ihrer Stadt zeigt auch in diesem Jahr eine deutliche Mehrheit und erreicht einen Wert von 85 Prozent der Stuttgarter, die gerne in ihrer Stadt leben. In der zeitlichen Betrachtung liegt – unter Berücksichtigung der Schwankungsbreite der Anteilswerte – der Anteil der Befragten, die gerne in Stuttgart leben unter dem Wert von 2007, über den Werten von 1999, 2003 und 2005 und gleichauf mit 1995, 1997, 2001 und 2009 (vgl. Tabelle 4). Entsprechend höher liegt die Wegzugsabsicht in der Bevölkerung bei 15 Prozent im Jahr 2011 (vgl. Abbildung 3).

Tabelle 4: Bindung an Stuttgart bei den Bürgerumfragen 1995 bis 2011

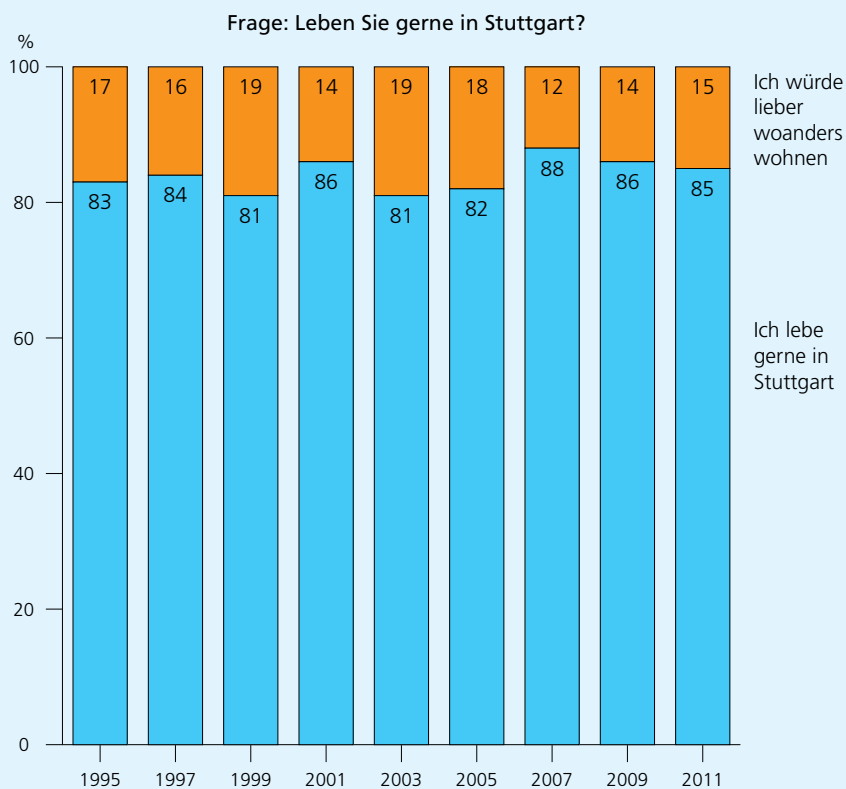
Bürgerumfrage	Ich lebe gerne in Stuttgart	Ich würde lieber im Umland wohnen	Würde lieber woanders in Deutschland wohnen	Ich würde lieber im Ausland wohnen ¹
2011	85	5	7	3
2009	86	4	6	4
2007	88	4	5	3
2005	82	6	8	4
2003	81	6	9	4
2001	86	6	-	8
1999	81	8	-	10
1997	84	7	-	9
1995	83	8	-	9

¹ Bei den Bürgerumfragen 1995 bis 2001 lautete diese Antwortmöglichkeit:
"Ich würde lieber ganz woanders wohnen."

Quelle: Bürgerumfragen 1995 - 2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Abbildung 3: Bindung an Stuttgart bei den Bürgerumfragen 1995 bis 2011

Quelle: Bürgerumfragen 1995 - 2011

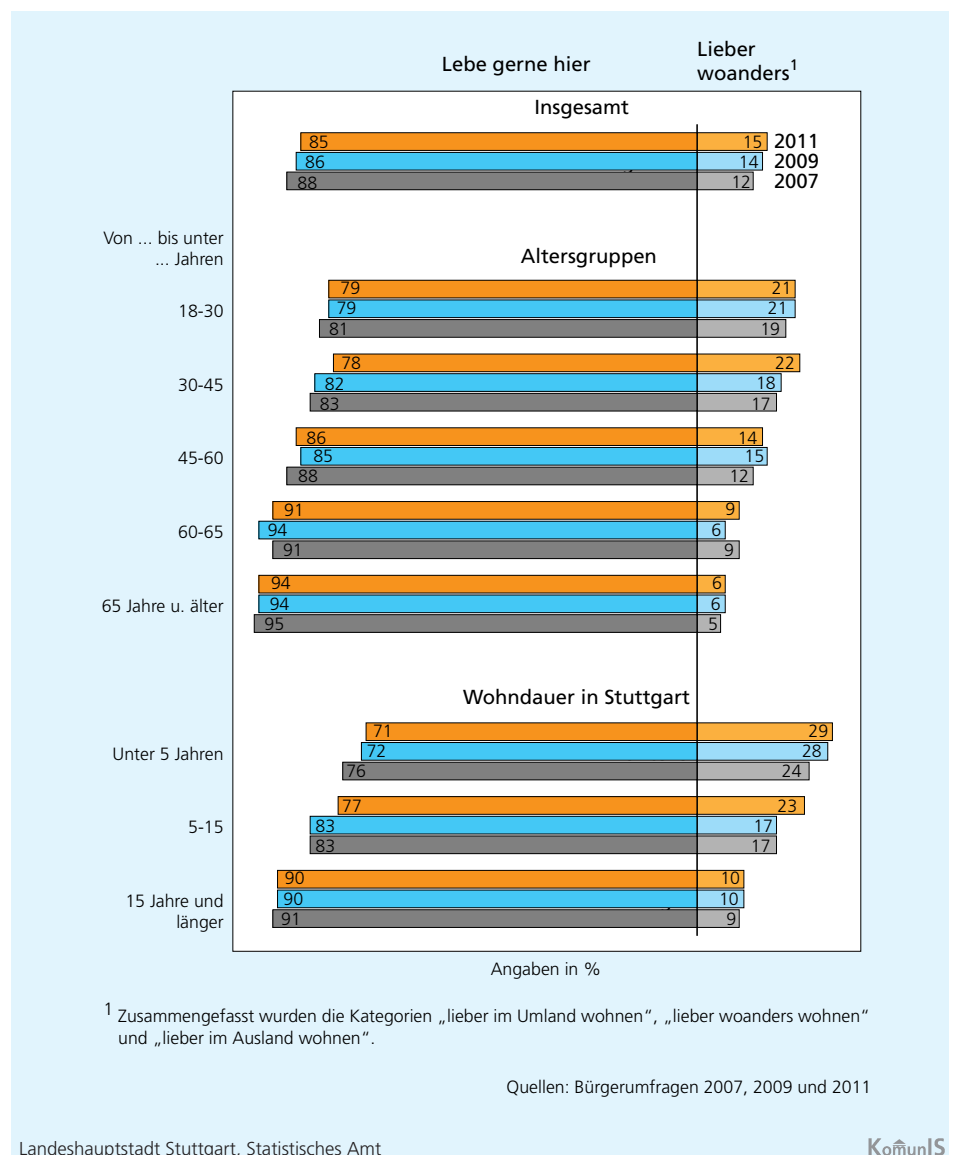
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Deutliches Ja der Senioren, Zurückhaltung bei den Jüngeren

Einhellig bekennen sich die Senioren zum Leben in Stuttgart: 94 Prozent der über 65-Jährigen fühlen sich in der Großstadt wohl (vgl. Abbildung 4). Etwas zurückhalten-der sind die 30- bis unter 45-Jährigen, aber auch von ihnen favorisieren 78 Prozent das Leben in Stuttgart. Innerhalb dieser Altersgruppe besteht im Vergleich zu den anderen Altersgruppen allerdings auch öfters der Wunsch, lieber woanders zu wohnen, welcher im Vergleich zu den beiden Erhebungszeitpunkten 2007 und 2009 häufiger formuliert wird. Die Bindung an Stuttgart als Wohnstandort ist eng mit der Wohndauer verbunden: So leben von den „Neu-Stuttgartern“, die innerhalb der letzten fünf Jahre zugezogen sind, 71 Prozent gerne in Stuttgart gegenüber 90 Prozent der Bürger, die 15 Jahre und länger hier leben. Von den Bürgern mit einer Wohndauer zwischen 5 und unter 15 Jahren leben 77 Prozent gerne in Stuttgart.

Abbildung 4: Bindung an Stuttgart bei den Bürgerumfragen 2007, 2009 und 2011 nach Altersgruppen und Wohndauer in Stuttgart



Leichte Veränderungen über die Zeit in der Bewertung der Lebensqualität

Bei der Beurteilung der Lebensqualität in der Schwaben-Metropole bezeichnen 20 Prozent der Befragten diese im Jahr 2011 als sehr gut, fast zwei Drittel beurteilt diese als gut (65 %) (vgl. Tabelle 5). Gleichauf mit dem Niveau der Lebensqualität – ausgedrückt in einem Kommunalbarometerwert von 76 Punkten – liegt das allgemeine Zufriedenheitsniveau mit Stuttgart bei 74 Punkten (vgl. Abbildung 5). Die deutlichste Verschiebung gegenüber dem Jahr 2007 hat sich hier im oberen Anteilsbereich ergeben mit einer Abnahme von 27 Prozent sehr Zufriedener im Jahr 2007 auf 21 Prozent im Jahr 2009 und aktuell 19 Prozent. Allerdings stellt das Jahr 2007 als Referenzgröße in der zeitlichen Betrachtung ein Jahr mit sehr hohen Zufriedenheitswerten und einer hohen Lebensqualität dar.

Tabelle 5: Beurteilung der Lebensqualität in Stuttgart bei den Bürgerumfragen 1997 bis 2011

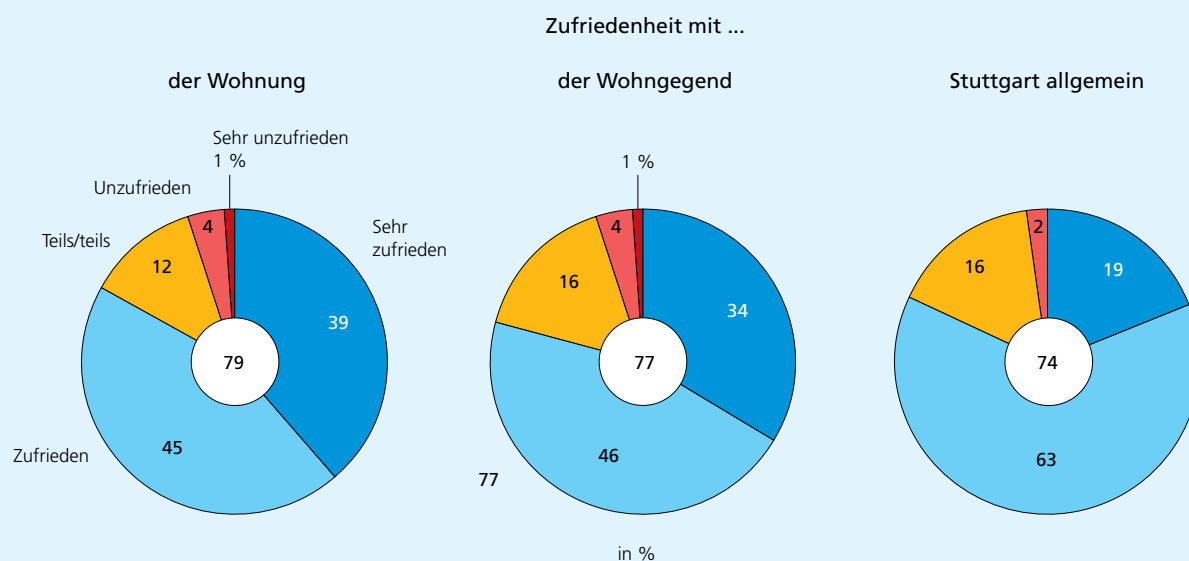
Bürgerumfrage ^{1,2}	Die Lebensqualität in Stuttgart ist ...					Kommunal- barometer
	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht	
	%					
	20	65	14	1	0	76
2011	22	65	12	1	0	77
2009	25	61	13	1	0	77
2007	26	47	17	9	1	72
2005	21	46	18	12	2	68
2003	20	43	20	14	3	66
2001	18	40	24	15	3	64
1999	11	42	27	17	2	61
1997						

¹ Ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht/keine Angabe.

² 2007 bis 2011 mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar, da bis 2005 die Antwortkategorien ist durchweg gut, ist überwiegend gut, hat nur geringe Mängel, müsste besser werden, müsste viel besser werden verwendet wurden. 1995 wurde diese Frage in dieser Form nicht erhoben.

Quelle: Bürgerumfragen 1997 - 2011

Abbildung 5: Zufriedenheit mit der Wohnung, Wohngegend und mit Stuttgart allgemein bei der Bürgerumfrage 2011



Quelle: Bürgerumfrage 2011

Die beiden Indikatoren der Bewertung der Lebensqualität in der Großstadt stehen in einem positiven Zusammenhang mit der Bewertung des Wohnumfeldes und der Zufriedenheit mit den infrastrukturellen Einrichtungen und Angeboten. So gilt allgemein, dass je zufriedener die Bürger mit verschiedenen Bereichen sind, desto besser wird auch die Lebensqualität in Stuttgart eingeschätzt.

Deutliche Unterschiede in der Bewertung der Wohngegend zwischen den Stadtbezirken

Mit ihrer Wohngegend zufrieden bezeichnen sich 80 Prozent der Befragten, 84 Prozent sind mit ihrer Wohnung zufrieden (vgl. Abbildung 5). Die Wohngegend und die Wohnung werden auf einem gleich bleibenden Niveau wie 2009 bewertet (vgl. Tabelle 6). Die Kommunalbarometerwerte liegen hier bei 77 Punkten für die Wohngegend und 79 Punkten für die Wohnung. Insbesondere Befragte in Degerloch und Sillenbuch sind mit ihrer Wohngegend sehr zufrieden, weniger zufrieden mit ihrer Wohngegend sind Befragte in Wangen und Zuffenhausen (vgl. Abbildung 6). Die sozialräumliche Auswertung nach Stadtbezirken zeigt ein Gefälle in der Bewertung der Wohngegend von den südlichen zu den nördlichen Stadtbezirken (vgl. Karte 1). Am gesamtstädtischen Kommunalbarometerwert von 77 Punkten orientiert, lassen sich drei Gruppen von Stadtbezirken unterscheiden: Die Stadtbezirke Möhringen, Süd, Nord, Weilimdorf, Feuerbach und Münster weisen Werte entsprechend dem gesamtstädtischen Durchschnitt auf. Über dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegen die sieben äußeren Stadtbezirke Degerloch, Sillenbuch, Botnang, Vaihingen, Oberürkheim, Plieningen und Birkach und der innere Stadtbezirk West. Mit weniger als 75 Punkten signifikant unter dem gesamtstädtischen Kommunalbarometerwert und häufiger teilweise zufrieden beziehungsweise unzufrieden mit der Wohngegend bezeichnen sich Befragte in Untertürkheim, Mühlhausen, Ost, Hedelfingen, Mitte, Stammheim, Bad Cannstatt, Wangen und Zuffenhausen.

Tabelle 6: Zufriedenheit mit Lebensbereichen in Stuttgart bei den Bürgerumfragen 2001 bis 2011

Zufrieden mit ... ¹	Sehr zufrieden	Zufrieden	Teils/Teils	Unzufrieden	Sehr unzufrieden	Kommunalbarometer					
	2011					2011	2009	2007	2005	2003	2001
	%					Punkte					
der Wohnung	39	45	12	4	1	79	80	78	79	78	77
der Wohngegend	34	46	16	4	1	77	77	77	76	76	73
Stuttgart allgemein	19	63	16	2	0	74	75	78	74	72	72

¹ Ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht/keine Angabe.

Quelle: Bürgerumfragen 2001 - 2011

Sozialräumliche Streuung bei Bewertung der Wohngegend in Stadtbezirken, die unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegen

Bezieht man in die sozialräumliche Betrachtung die Streuung der Kommunalbarometerwerte innerhalb der Stadtbezirke mit Hilfe der Standardabweichung mit ein, dann beurteilen ihre Wohngegend Befragte in den südlichen Stadtbezirken homogener, höhere Standardabweichungen vom Kommunalbarometerwert und damit eine heterogenere Beurteilung der Wohngegend zeigen die Stadtbezirke, die unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegen. Der Stadtbezirk Hedelfingen weist hier die höchste Streuung von Werten auf (SD 24), Degerloch die niedrigste Streuung der Werte (SD 17).

Karte 1: Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend in den Stuttgarter Stadtbezirken bei der Bürgerumfrage 2011

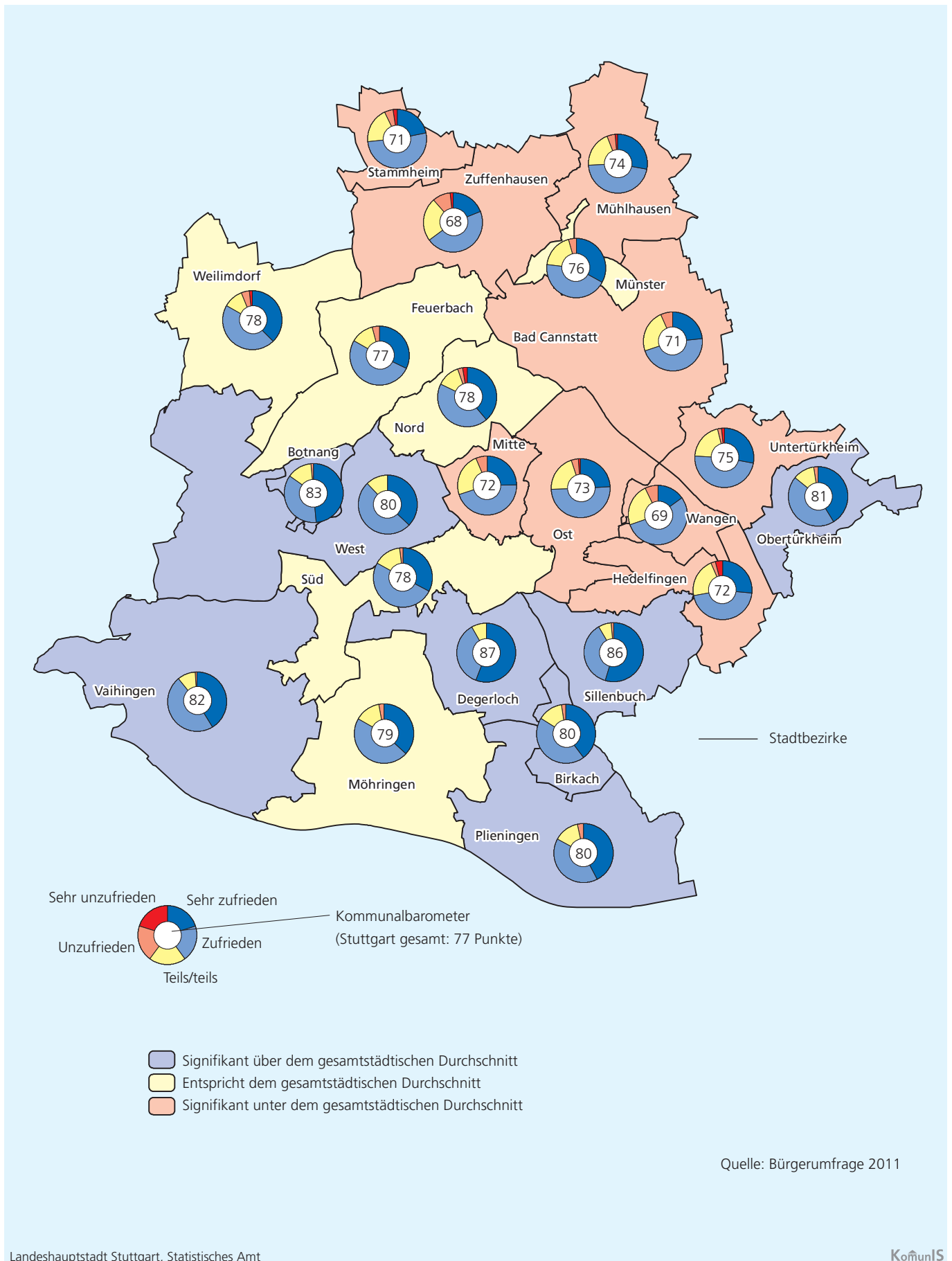
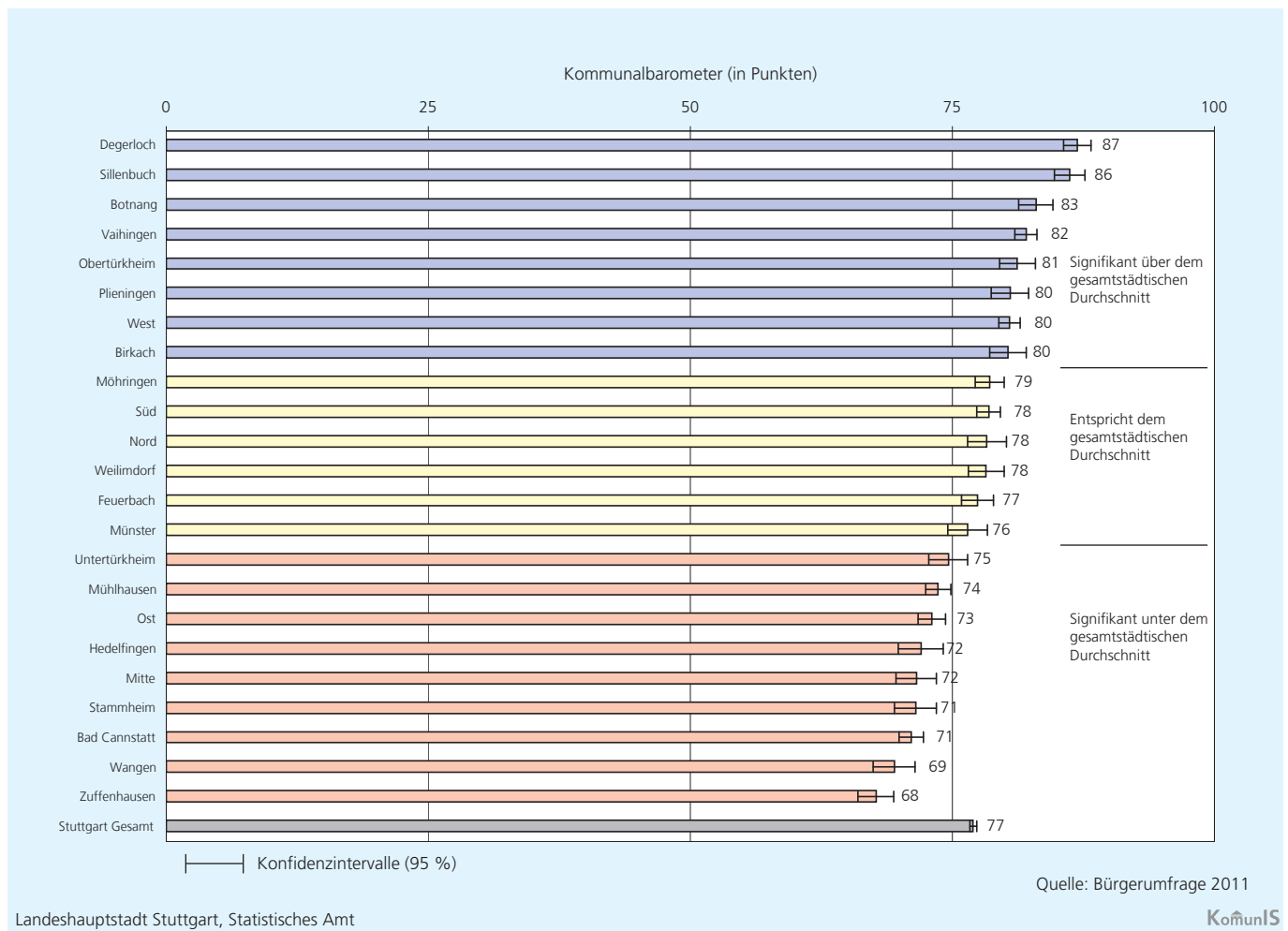


Abbildung 6: Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend in Stuttgart bei der Bürgerumfrage 2011 nach Stadtbezirken



Einkaufsmöglichkeiten und öffentliche Verkehrsmittel erfahren hohe Bewertung

Unter den infrastrukturellen Einrichtungen und Angeboten in Stuttgart zählen die Einkaufsmöglichkeiten und die öffentlichen Verkehrsmittel in Stuttgart zu den von der Mehrheit der Bevölkerung positiv bewerteten Bereichen und stehen in der Rangfolge an oberster Stelle (vgl. Tabelle 7). Beide Bereiche haben seit 2001 einen stetigen Anstieg erfahren und erreichen 2011 einen Punktwert von 80 bei den Einkaufsmöglichkeiten und 76 bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, bleiben jedoch gegenüber 2009 stabil. Den stärksten Auftrieb seit 2001 hat die öffentliche Sicherheit erfahren. Das Zufriedenheitsniveau ist hier von 54 Punkten im Jahr 2001 auf aktuell 66 Punkte angestiegen. Gegenüber den beiden vorherigen Erhebungszeitpunkten 2009 und 2007 zeigen sich keine Veränderungen im Zufriedenheitsniveau. Eine weitere Verschiebung in der Bewertung, mit einem zunehmenden Zufriedenheitsniveau, zeigt sich gleichfalls im Bereich der infrastrukturellen Versorgung für Familien mit Kindern: Insbesondere die Spielmöglichkeiten für Kinder wird gegenüber 2001 besser bewertet. In gleicher Weise gilt diese Entwicklung in der Bewertung auch für die Abfallbeseitigung, Jugendeinrichtungen, Regelung des Autoverkehrs und die kulturellen Einrichtungen beziehungsweise Veranstaltungen. Eine Abschwächung in der Zufriedenheit ist für die Schwimmbäder festzustellen nach einem Ausgangswert von 67 Punkten (2001), einem Hochwert von 72 Punkten (2005), liegt der Kommunalbarometerwert 2011 bei 65 Punkten (vgl. Abbildung 7).

Einige Bereiche in der zeitlichen Betrachtung stabil

Bei einigen Bereichen ist festzustellen, dass sie auf gleich bleibend hoher, mittlerer oder niedriger Stufe verbleiben. Zu einem höheren Niveau zählen hierzu unter anderem die Zufriedenheit mit den Sportanlagen und mit den weiterführenden Schulen mit einem beziehungsweise keinem Kommunalbarometerpunkt Unterschied

gegenüber 2001. Für die ärztliche Versorgung gilt diese Entwicklung in ähnlichem Maße. Ein eher stabiles mittleres Zufriedenheitsniveau verzeichnet die Arbeit der Stadtverwaltung, ein eher niedriges das Wohnungsangebot beziehungsweise der Wohnungsmarkt sowie die Parkmöglichkeiten in der Innenstadt. Die Schwankungsbreite von 37 Punkten (Parkmöglichkeiten in der Innenstadt) bis 80 Punkten (Einkaufsmöglichkeiten) in den verschiedenen Bereichen verweist insgesamt auf noch auszuschöpfende Potenziale, wobei mögliche Sättigungsgrenzen jedoch zu berücksichtigen sind.

Tabelle 7: Zufriedenheit mit Lebensbereichen in Stuttgart bei den Bürgerumfragen 2001 bis 2011

Lebensbereich ¹	Sehr zufrieden	Zu- frieden	Teils/ Teils	Un- zufrieden	Sehr un- zufrieden	Kommunalbarometer					
	2011					2011	2009	2007	2005	2003	2001
	%					Punkte					
Einkaufsmöglichkeiten	34	53	11	2	0	80	79	79	75	75	72
Öffentliche Verkehrsmittel	33	45	16	4	1	76	77	77	75	74	71
Ärztliche Versorgung / Krankenhäuser	20	64	13	2	1	75	74	74	72	71	73
Kulturelle Einrichtungen / Veranstaltungen	22	58	17	2	1	75	76	75	75	71	69
Arbeits- / Verdienstmöglichkeiten	23	56	16	4	1	75	73	71	69	70	73
Abfallbeseitigung / Müllabfuhr	17	65	14	3	1	73	73	70	68	69	67
Angebot an Parks / Grünanlagen	22	54	18	4	1	73	75	73	75	71	69
Wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten ²	28	43	20	8	1	72	71	-	-	-	-
Weiterführende Schulen	12	58	24	5	1	68	71	69	68	65	67
Sportanlagen	12	54	27	5	1	68	69	70	71	70	68
Öffentliche Sicherheit / Schutz vor Kriminalität	11	53	27	8	2	66	66	66	60	57	54
Arbeit der Polizei ³	9	55	28	6	2	66	-	-	68	67	65
Schwimmbäder	13	48	27	9	2	65	67	69	72	69	67
Versorgung mit Alten- und Pflegeheimen	7	52	33	7	1	64	64	63	61	60	61
Umwelt (<i>Luft, Wasser, Natur</i>)	10	44	34	9	2	63	61	59	57	62	58
Gestaltung und Attraktivität der Innenstadt	8	45	36	10	2	61	63	63	62	59	58
Arbeit der Stadtverwaltung insgesamt	4	48	39	7	2	61	61	61	62	61	61
Spielmöglichkeiten für Kinder / Spielplätze	9	43	32	14	2	60	60	61	54	57	54
Integrationsangebote für ausländische Mitbürger ⁴	7	40	39	10	4	59	59	56	51	50	-
Angebot an Kindergärten / Kindertagesheimen	8	42	30	14	6	58	60	61	52	54	55
Jugendeinrichtungen	4	38	44	12	2	57	56	56	55	55	51
Regelung des Autoverkehrs	3	30	42	19	7	51	51	51	51	48	45
Situation für Fahrradfahrer ⁵	4	26	37	23	10	48	46	46	47	-	-
Wohnungsangebot / Wohnungsmarkt	2	23	39	27	10	45	47	44	42	37	45
Parkmöglichkeiten in der Innenstadt	1	15	31	35	17	37	39	37	39	37	34

¹ Ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht/keine Angabe.

² Erstmals 2009 erhoben.

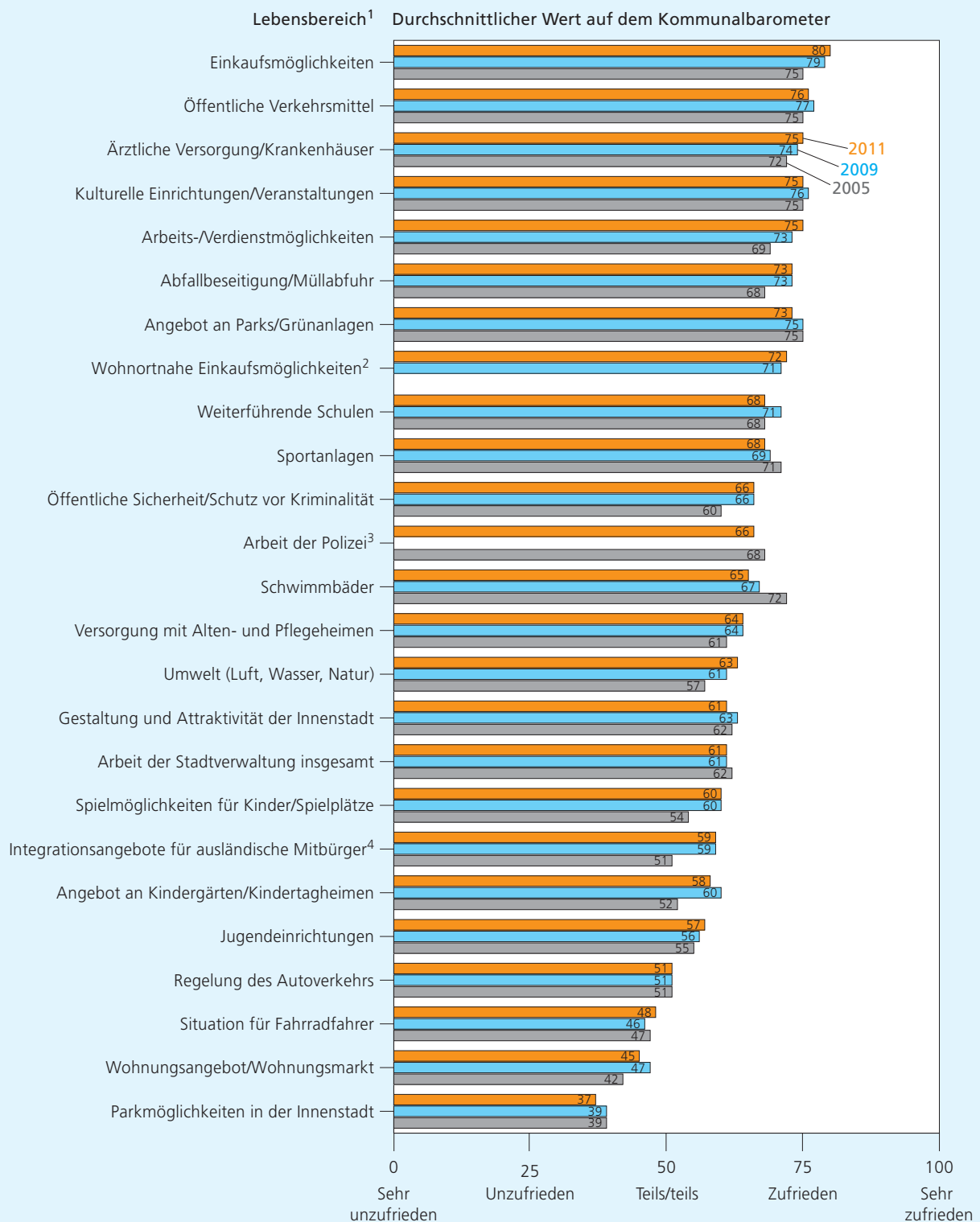
³ 2007 und 2009 nicht erhoben.

⁴ 2001 nicht erhoben, 2003 und 2005 "Integration ausländischer Mitbürger".

⁵ 2001 und 2003 nicht erhoben.

Quelle: Bürgerumfragen 2001 - 2011

Abbildung 7: Zufriedenheit mit Lebensbereichen in Stuttgart bei den Bürgerumfragen 2005, 2009 und 2011



¹ Ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht/keine Angabe.

² Erstmals 2009 erhoben.

³ 2009 nicht erhoben.

⁴ 2005 „Integration ausländischer Mitbürger“.

Quellen: Bürgerumfragen 2005, 2009 und 2011

Problemwahrnehmung in verschiedenen Handlungsfeldern

Subjektiv zu hoch empfundene Mieten, Parkmöglichkeiten und Straßenverkehr häufig genannte Probleme

Seit 1995 werden die Bürger in der Stuttgarter Bürgerumfrage zu der Problemwahrnehmung in verschiedenen Handlungsfeldern gefragt: „Was sind ihrer Meinung nach zurzeit die größten Probleme in Stuttgart“? Die Frage zielt auf die Problemwahrnehmung im öffentlichen Bereich, das heißt, inwieweit die einzelnen Handlungsfelder ein gesamtstädtisches Problem für Stuttgart sind. Die Nennungen können bestimmt werden zum einen davon, wie stark ein Handlungsfeld die Befragten persönlich betrifft, aber auch davon, wie wichtig ein Handlungsfeld für die Befragten ist. Die Bürger nennen 2011 durchschnittlich 6 von 27 Problemen. Dabei ändern sich über die Zeit die drei am häufigsten genannten Probleme nur wenig: Wie in den Vorjahren sind die drei am häufigsten genannten Probleme die zu hoch empfundenen Mieten, die fehlenden Parkmöglichkeiten und der Straßenverkehr (vgl. Tabelle 8). Die zu hoch empfundenen kommunalen Steuern/Abgaben/Gebühren, das mangelhafte Wohnungsangebot, die angespannte Haushaltslage der Stadt, die mangelnde Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen, zu wenig Kindergärten/Kindertagheime, Passantenbelästigungen, schlechter ÖPNV/zu wenig Verbindungen und zu wenig Treffpunkte für Ältere werden gegenüber 2009 häufiger genannt. Demgegenüber stellt sich die Arbeitslosigkeit als seltener formuliertes Problem dar, gleichfalls die schlechte Luftqualität, die zu hohe Lärmbelästigung und zunehmende Ausländerfeindlichkeit.

Zusammenhang Problemnennung und Altersphase

Die Verschiebung in der Nennung der zehnhäufigsten Probleme nach dem Alter verdeutlicht einen Zusammenhang zwischen der persönlichen Betroffenheit in einer Altersphase und einem Handlungsfeld (vgl. Tabelle 9). Als tendenziell altersübergreifend können die drei am häufigsten genannten Probleme bezeichnet werden mit der Einschränkung, dass die subjektiv zu hoch empfundenen Mieten häufiger von unter 35-Jährigen formuliert werden (70 bzw. 75 %), weniger von Befragten über 65 Jahren (46 %) und zu viel Straßenverkehr weniger häufig von den unter 25-Jährigen (42 %). In der Rangfolge nach oben und im Vergleich zur Rangfolge insgesamt verschieben sich die mangelnde Ausländerintegration (Rang 13 -> Rang 6) und die Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmittel (Rang 10 -> Rang 8) bei den 18- bis unter 25-Jährigen. Bei den Älteren ab 65 Jahren gewinnen Handlungsfelder wie Sicherheit und Ordnung (Rang 15 -> Rang 10), Unsicherheit auf Straßen (Rang 11 -> Rang 4) und zu viele Fremde (Rang 12 -> Rang 9) eine höhere Priorität. Bedeutender in der Altersgruppe zwischen 25 und unter 45 Jahren ist die Versorgung mit Kindergärten/Kindertagheimen (Rang 13 -> Rang 6).

Tabelle 8: Größte Probleme in Stuttgart bei den Bürgerumfragen 2003 bis 2011

Größte Probleme ¹	2011		2009		2007		2005		2003		Veränderung in der Rangfolge der Probleme 2009/2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	
Zu hohe Mieten	61	1	60	1	60	2	60	2	64	2	0
Zu wenig Parkmöglichkeiten	57	2	54	3	56	3	57	3	62	3	+1
Zu viel Straßenverkehr	55	3	60	1	63	1	67	1	70	1	- 2
Zu hohe kommunale Steuern/Abgaben/Gebühren ²	39	4	35	5	40	4	51	4	56	5	+1
Mangelhaftes Wohnungsangebot	35	5	32	7	29	8	38	10	46	6	+2
Angespannte Finanz- und Haushaltslage der Stadt	34	6	31	8	22	13	50	5	61	4	+2
Schlechte Luftqualität ³	33	7	39	4	-	-	-	-	-	-	- 3
Mangelhafte Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen	31	8	27	11	30	6	41	8	41	9	+3
Zu hohe Lärmbelästigung ³	30	9	33	6	-	-	-	-	-	-	- 3
Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln (Belästigung, Raub, Vandalismus)	29	10	28	9	28	9	42	7	38	11	- 1
Unsicherheit auf den Straßen (Drogen, Raub, Vandalismus)	28	11	28	9	30	6	41	8	44	8	- 2
Zu viele Fremde	23	12	24	12	28	9	32	13	27	16	0
Zu wenig Kindergarten/Kindertagesheime	22	13	19	16	17	15	29	15	28	14	+3
Mangelnde Ausländerintegration	22	13	21	13	23	11	35	12	37	12	0
Sicherheit und Ordnung (Kriminalität, Einbrüche)	20	15	20	14	23	11	32	13	35	13	- 1
Passantenbelästigungen	15	16	14	19	14	19	20	19	22	19	+3
Mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen	14	17	15	18	16	17	22	17	24	17	+1
Zu viele Obdachlose	14	17	16	17	17	15	25	16	28	14	0
Schlechter ÖPNV/zu wenig Verbindungen	13	19	11	22	11	23	13	22	16	22	+3
Zunehmender Links-/Rechtsextremismus	12	20	13	21	14	19	19	20	17	20	+1
Zu wenig Treffpunkte für Ältere	12	20	10	24	12	21	11	24	8	24	+4
Arbeitslosigkeit	12	20	20	14	21	14	37	11	45	7	- 6
Zunehmende Ausländerfeindlichkeit	11	23	14	19	15	18	21	18	23	18	- 4
Zu wenig Alten- und Pflegeheime/Pflegedienste	11	23	11	22	12	21	16	21	17	20	- 1
Mangelnde Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen Leben	9	25	10	24	10	24	12	23	15	23	- 1
Zu wenig kulturelle Veranstaltungen	4	26	4	26	4	25	5	25	7	25	0
Zu wenig kulturelle Einrichtungen	4	26	4	26	4	25	5	25	6	26	0

¹ Ohne Befragte, die keines der Probleme genannt haben.² Bis 2005: zu hohe Steuern/Abgaben/Gebühren.³ 2003 bis 2007 wurden nur Umweltprobleme (Luft, Wasser, Lärm, Abfall) als eine Kategorie abgefragt (2007: Rang 4; 2005: Rang 5; 2003: Rang 10).

- Werte nicht erhoben

Quelle: Bürgerumfragen 2003 - 2011

Tabelle 9: Die zehn größten Probleme in Stuttgart bei der Bürgerumfrage 2011 nach Altersgruppen

	Zu hohe Mieten		Zu wenig Parkmöglichkeiten		Zu viel Straßenverkehr		Zu hohe kommunale Steuern/ Abgaben/ Gebühren		Mangelhaftes Wohnungsangebot		Angespannte Haushaltslage der Stadt		Schlechte Luftqualität		Mangelhafte Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen		Zu hohe Lärmbelästigung		Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln (Belästigung, Raub, Vandalismus)	
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang	%	Rang
Insgesamt	61	1	57	2	55	3	39	4	35	5	34	6	33	7	31	8	30	9	29	10
18 bis unter 25 Jahre	70	1	61	2	42	4	32	5	43	3	21	10	25	7	20	13	21	9	22	8
25 bis unter 35 Jahre	75	1	58	2	51	3	26	7	48	4	22	9	32	5	14	14	22	8	16	12
35 bis unter 45 Jahre	66	1	51	3	58	2	34	7	41	4	31	8	36	5	19	12	28	9	21	10
45 bis unter 55 Jahre	63	1	54	3	57	2	43	4	33	8	35	6	37	5	28	10	33	7	29	9
55 bis unter 65 Jahre	61	1	59	2	58	3	47	4	33	10	39	5	36	8	37	7	37	6	34	9
65 Jahre und älter	46	5	61	1	56	2	46	6	23	14	44	7	31	12	52	3	32	11	43	8

Quelle: Bürgerumfrage 2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

Das Eigenimage der Stadt Stuttgart aus Sicht der Bürger

Wieder stärkere Einschätzung als wirtschaftskräftige Automobilstadt

Die klassische Zuschreibung, die gemeinhin mit Stuttgart verbunden wird, verdichtet sich auch in diesem Jahr auf die Bezeichnung „wirtschaftskräftige Automobilstadt“. Dieser Trend hat sich, nach einem Rückgang in 2009, aus Sicht der Stuttgarter wieder verstärkt (vgl. Tabelle 10). Der Kommunalbarometerwert für das Attribut „wirtschaftskräftig“ liegt 2011 hier bei 86 Punkten, der Wert für „Automobilstadt“ bei 88 Punkten. Die weiteren der Stadt Stuttgart zugeschriebenen Eigenschaften von „modern“ bis „sauber“ haben sich gegenüber 2009 nur gering verändert. Seit 2001 haben vor allem die Eigenschaften „international“ und „sicher“ mehr Zustimmung erfahren. Andere Charakteristiken wie „lebenswert“, „sauber“ und „tolerant“ halten sich nach einem Aufschwung von 2001 auf 2003 auf einem beständig höheren beziehungsweise mittleren Niveau der Zustimmung.

Ansehen der Stadtverwaltung

Ansehen der Stadtverwaltung zwischen gleichbleibend und stärkerer Betonung von teils/teils

Ein weiteres wichtiges Element der Bürgerumfrage stellen die Fragen zum Ansehen der Stadtverwaltung dar. Das Ansehen der Stadtverwaltung aus persönlicher Sicht der Bürger pendelt sich auf ein Zufriedenheitsniveau von 62 Punkten ein (vgl. Tabelle 11). Gegenüber 2009 findet sich hier keine Veränderung. Mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) haben persönlich eine gute Meinung von der Stuttgarter Stadtverwaltung (vgl. Abbildung 8). Das Bild in der Öffentlichkeit über die Stadtverwaltung hat sich nach Meinung der Befragten gegenüber 2009 verschoben in eine häufigere Nennung der Kategorie teils/teils: 37 Prozent (2011) beziehungsweise 42 Prozent (2009) der Befragten meinen, dass das Ansehen der Stadtverwaltung in der Öffentlichkeit sehr gut beziehungsweise gut ist, die Hälfte der Befragten findet es 2011 teilweise gut beziehungsweise teilweise schlecht. Im Jahr 2009 lag dieser Anteil bei 45 Prozent.

Tabelle 10: Image der Landeshauptstadt Stuttgart bei den Bürgerumfragen 2001 bis 2011

Image von Stuttgart ¹	Trifft völlig zu	Trifft über- wiegend zu	Teils/teils	Trifft über- wiegend nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu	Kommunalbarometer					
	2011					2011	2009	2007	2005	2003	2001
	%					Punkte					
Wirtschaftskräftig	52	41	6	0	0	86	80	87	81	79	81
Modern	15	45	36	4	1	67	67	70	68	64	63
International	19	41	32	7	1	67	67	70	68	60	59
Gastlich	15	48	31	5	1	68	68	71	69	65	63
Offen	13	41	36	9	2	63	63	66	65	61	59
Lebenswert	29	53	16	2	0	77	77	80	79	77	74
Lebendig	19	48	28	4	1	70	70	71	71	66	64
Tolerant	11	39	41	8	2	62	61	62	63	59	56
Innovativ	13	41	38	7	1	64	65	66	64	60	60
Sicher	16	49	30	4	1	69	67	69	67	64	59
Sauber	14	42	33	8	3	64	64	64	64	62	58
Altenfreundlich	8	32	47	10	3	58	57	58	60	59	56
Familienfreundlich	8	38	42	10	2	60	57	58	58	57	55
Ausländerfreundlich	9	39	42	8	1	62	59	59	60	58	55
Behindertenfreundlich	7	28	45	16	4	54	53	54	55	52	-
Kinderfreundlich	8	34	43	12	3	58	56	56	-	-	-
Sportstadt	13	42	33	9	2	64	66	73	69	65	64
Kulturstadt	19	52	23	4	1	71	73	75	74	69	68
Automobilstadt	59	34	6	1	0	88	86	88	85	83	83
Messestadt/Kongressstadt ²	27	45	22	5	1	74	74	70	66	62	65
Wissenschaftsstadt	17	42	32	8	2	66	64	64	64	61	60

¹ Ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht/keine Angabe.² Bis 2005: nur Messestadt.

- Werte nicht erhoben

Quelle: Bürgerumfragen 2001 - 2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

Abbildung 8: Ansehen der Stadtverwaltung in Stuttgart bei der Bürgerumfrage 2011

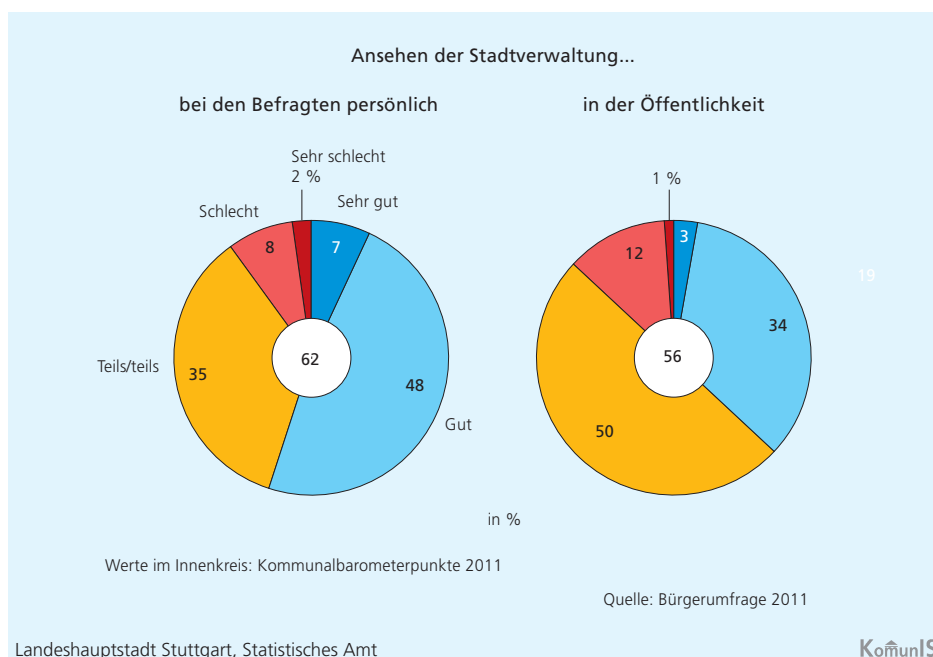


Tabelle 11: Ansehen der Verwaltung der Stadt Stuttgart in der Öffentlichkeit und bei den befragten Personen bei den Bürgerumfragen 2001 bis 2011

Ansehen der Stadtverwaltung ... ¹	Sehr gut	Gut	Teils/teils	Schlecht	Sehr schlecht	Kommunalbarometer					
	2011					2011	2009	2007	2005	2003	2001
	%					Punkte					
bei den Befragten persönlich	7	48	35	8	2	62	62	63	62	59	58
in der Öffentlichkeit	3	34	50	12	1	56	58	58	59	55	55

¹ Ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht/keine Angabe.

Quelle: Bürgerumfragen 2001-2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

Städtischer Haushalt

Im Rahmen des Zieles einer besseren Information der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger über den städtischen Haushalt und eines intensiveren Dialoges zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung steht neben der Beteiligungsmöglichkeit am Stuttgarter Bürgerhaushalt, bei dem eigene Vorschläge und Ideen eingebracht und bewertet werden können, die Möglichkeit im Rahmen der Stuttgarter Bürgerumfrage städtische Ausgabenbereiche einzuordnen und abzuwägen. Die in der Stuttgarter Bürgerumfrage 2011 abgefragten Positionen des städtischen Haushalts umfassen alle wesentlichen kommunalen Tätigkeitsbereiche, unter anderem den Wohnungsbau, den Umweltschutz und die Wirtschaftsförderung, aber auch familienbezogene Leistungsangebote wie Kindergärten und Kindertagheime oder altersbezogene Angebote wie Alten- und Pflegeheime.

Kinderbezogene und bildungsbezogene Ausgaben erwünscht

Die Stuttgarter/-innen werden seit 1995 alle zwei Jahre gebeten, einzuschätzen, wo Geld eingespart werden könnte und in welchen Bereichen ein Bedarf an Mehrausgaben besteht oder die Ausgaben unverändert bleiben. Folgt man der wissenschaftlichen Untergliederung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen nach Zielen, Mitteln und Folgen staatlichen Handelns, dann reflektiert diese Frage nach den öffentlichen städtischen Haushaltsausgaben die Bewertung der Ziele des Wohlfahrtsstaates. Mit Zielen ist dabei die Erwünschtheit staatlichen beziehungsweise städtischen Handelns bei den Bürgern gemeint. Die Stärke der Erwünschtheit staatlichen Handelns wird beispielsweise an der Bewertung der Leistungshöhe für verschiedene Bereiche gemessen. Eine besondere Notwendigkeit für Mehrausgaben sehen die Bürger wie 2009 bei den Kindergärten und Kindertagheimen (vgl. Tabelle 12). Hier fordern 70 Prozent mehr Ausgaben und 28 Prozent möchten die Ausgaben unverändert lassen. Auch im Bereich der allgemein bildenden Schulen und Berufsschulen sehen mehr als die Hälfte der Bürger einen Bedarf für höhere Ausgaben. Zu weiteren Bereichen bei denen mehr als jeder Zweite Mehrausgaben wünscht, zählen der Zustand der Straßen (Straßenunterhaltung) und die Bekämpfung der Jugendkriminalität.

Bei 26 der insgesamt 36 abzuwägenden Bereiche erachtet mehr als die Hälfte der Bürger/-innen, die Ausgaben unverändert zu lassen. Die Spanne liegt hier zwischen 85 Prozent (Müllbeseitigung) und 51 Prozent (Barrierefreie Wege/Zugänge für Rollstuhlfahrer, Ambulante Pflege- und Sozialdienste).

Keine Mehrheit für Geldeinsparungen bei Aufgabenbereichen

Eine absolute Mehrheit für Geldeinsparungen erreicht keiner der vorgegebenen Aufgabenbereiche. Der Anteil der Befragten, die Geld einsparen möchte, hat eine Schwankungsbreite von 27 %-Punkten, mit dem höchsten erreichten Anteilswert von 29 Prozent für den Ausbau des Straßennetzes (Straßenneubau) und die Begegnungsstätten in den Stadtbezirken für alle und den niedrigsten Anteilswert von zwei

Tabelle 12: Vorschläge für Einsparungen bzw. Mehrausgaben im Haushalt der Stadt Stuttgart bei der Bürgerumfrage 2011
– Sortiert nach „Differenz Ausgaben/Einsparungen“ –

Aufgabe ¹	Die Stadt sollte hier ...			
	Geld einsparen	die Ausgaben unverändert lassen	mehr Geld ausgeben	Differenz Ausgaben/Einsparungen
	%			
Kindergärten und Kindertagheime	2	28	70	68
Allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen	2	30	68	66
Zustand der Straßen (<i>Straßenunterhaltung</i>)	6	35	58	52
Bekämpfung der Jugendkriminalität	3	46	51	48
Altengerechtes Wohnen	6	45	49	43
Ambulante Pflege- und Sozialdienste	4	51	45	41
Barrierefreie Wege/Zugänge für Rollstuhlfahrer	5	51	45	40
Spielmöglichkeiten für Kinder/Spielplätze	4	53	43	39
Alten- und Pflegeheime	5	52	43	38
Krankenhäuser	4	54	42	38
Schutz vor Kriminalität/öffentliche Sicherheit	4	56	40	36
Wohnungsbau	10	45	45	35
Umweltschutz	6	58	36	30
Gesundheitsförderung	8	56	37	29
Treffpunkte für die Jugend	6	61	32	26
Sauberkeit der Stadt	4	66	30	26
Drogenbekämpfung	9	58	33	24
Videoüberwachung in der Stadtbahn	19	39	43	24
Schwimmbäder/Sportanlagen	8	61	31	23
Öffentliche Verkehrsmittel	5	66	28	23
Parks und Grünanlagen	5	71	24	19
Sprachförderung für ausländische Mitbürger	17	48	34	17
Ausbau des Fahrradwegenetzes	24	36	40	16
Treffpunkte/Beratungsstellen für Ältere	11	67	23	12
Bildungszentrum (<i>Volkshochschule</i>)	10	69	21	11
Müllbeseitigung	3	85	13	10
Integration ausländischer Mitbürger	20	55	26	6
Förderung des Ehrenamts	19	58	23	4
Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten	22	53	25	3
Wirtschaftsförderung	22	53	25	3
Stärkung/Förderung der Stadtbezirke	21	57	22	1
Ausbau des Straßennetzes (<i>Straßenneubau</i>)	29	42	29	0
Ortskernsanierung	20	62	18	-2
Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen	17	70	13	-4
Stadtbibliothek	21	70	9	-12
Begegnungsstätten in den Stadtbezirken für alle	29	60	12	-17

¹ Ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht/keine Angabe.

Quelle: Bürgerumfrage 2011

Prozent für allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen. Für die Begegnungsstätten in den Stadtbezirken für alle, Stadtbibliothek, Ortskernsanierung und Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen ist das Einsparurteil größer als das Ausgabenurteil, allerdings mit einer Mehrheit, die die Ausgaben unverändert lassen möchte. Ein Bereich, bei dem das Einsparurteil gleich dem Mehrausgabenurteil ist und sich keine absolute Mehrheit für ein unverändertes Ausgabenurteil ergibt, zeigt sich für den Ausbau des Straßennetzes (Straßenneubau).

Deutliche Verschiebungen in einigen Bereichen

Die durch die Bürger 2011 verbessert wahrgenommene Finanzlage gegenüber 2009 hat nicht zu einem fundamentalen Wandel zu mehr Ausgaben in den Bereichen geführt. So liegt der Zentralwert unter Berücksichtigung aller Bereiche für den Anteil der Bürger, welche die Ausgaben unverändert belassen wollen, bei 56 Prozent (2009: 56 %) (vgl. Tabelle 13). Allerdings finden sich für einige Bereiche deutliche Verschiebungen: Der Wunsch nach Mehrausgaben für den Zustand der Straßen (Straßenunterhaltung) wird gegenüber 2009 häufiger genannt: 2011 formulierten 58 Prozent der befragten Bürger/-innen Mehrausgaben, 2005 und 2009 jeweils 46 Prozent der Befragten. Bei weiteren vier Bereichen ist der Anteil der Befragten angestiegen, die mehr ausgeben möchten. Hierzu zählen die Videoüberwachung in der Stadtbahn (+ 7 %-Punkte), der Ausbau des Straßennetzes (+ 5 %-Punkte), die Parks und Grünanlagen und die Schwimmbäder/Sportanlagen (jeweils + 4 %-Punkte). Demgegenüber ist in 14 Bereichen der Anteil der Befragten, die mehr Geld ausgeben möchten zurückgegangen und hierbei am stärksten bei der Drogenbekämpfung mit einem Minus von 7 %-Punkten.

Tabelle 13: Vorschläge für Einsparungen bzw. Mehrausgaben im Haushalt der Stadt Stuttgart bei den Bürgerumfragen 2001 bis 2011

Bürgerumfrage	Befragte, die der Meinung sind: Die Stadt sollte hier ¹ ...		
	... Geld einsparen	... die Ausgaben unverändert lassen	... mehr Geld ausgeben
2011	11	56	33
2009	11	56	33
2007	10	56	34
2005	12	58	30
2003	14	57	29
2001	12	53	34

¹ Berechnung: Zentralwert der Anteile aller Einzelitems der Frage. Berücksichtigt bei der Berechnung wurden nur diejenigen 29 Einzelitems, welche von 2001-2011 abgefragt wurden.
 Spielmöglichkeiten für Kinder/Spielplätze nannten sich bis 2005 "Spielplätze".
 Treffpunkte/Beratungsstellen für Ältere nannten sich bis 2003 "Altentreffpunkte".
 Ortskernsanierung nannte sich bis 2003 "Modernisierung in den Stadtkernen".
 Videoüberwachung in der Stadtbahn nannte sich bis 2003 "Videoüberwachung an Brennpunkten".

Quelle: Bürgerumfragen 2001 - 2011

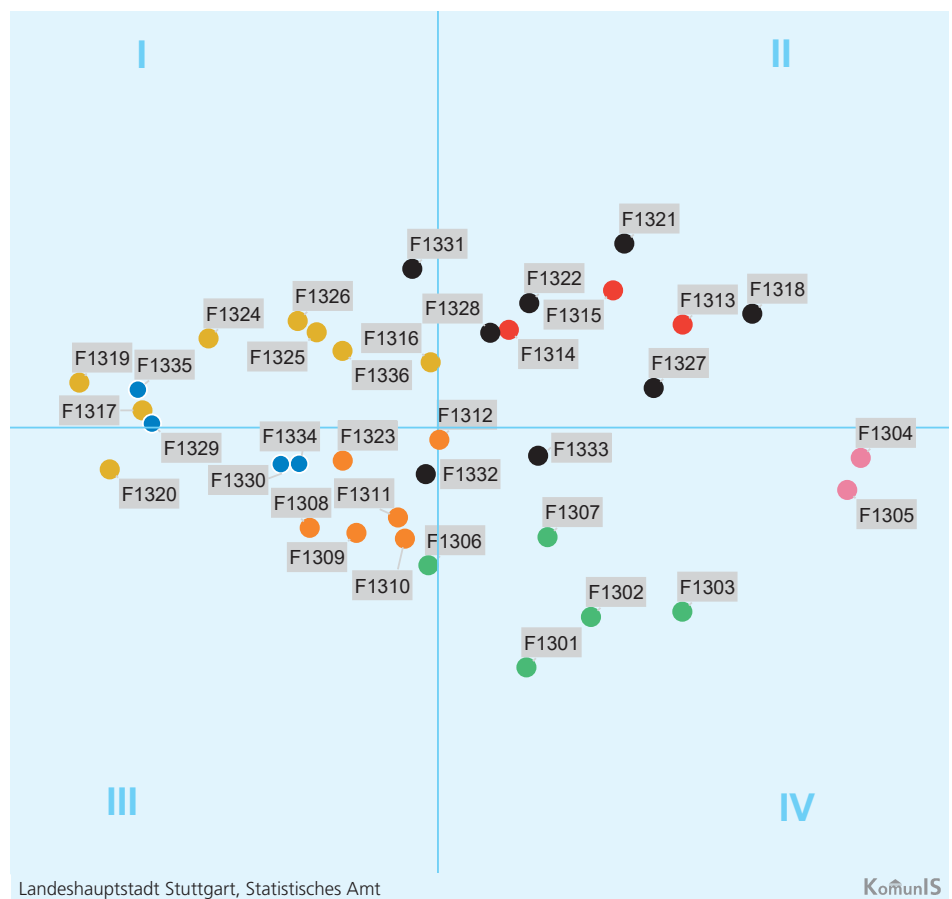
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

In welchem Gesamtzusammenhang ordnen die Bürger/-innen die einzelnen Ausgabenbereiche nun ein? Werden einzelne Bereiche gleich bewertet? Stehen sich einzelne Bereiche bei der Haushaltsbilanzierung gegenüber?

Urteile über Ausgaben und Einsparungen werden nach Bereichen wahrgenommen

In der Abbildung 9 ist die (zweidimensionale) räumliche Verortung der einzelnen Haushaltspositionen auf Basis einer multidimensionalen Skalierung dargestellt. Dieses Verfahren ermöglicht die Darstellung eines „Wahrnehmungsraumes“ der Haushaltsbereiche durch die Bevölkerung. Hier zeigt sich, welche Bereiche von den Bürger/-innen ähnlich bewertet werden: Je kleiner der Abstand zwischen zwei Punkten, desto ähnlicher sind die Urteile. Bei ähnlichen Urteilen geht die Forderung nach Mehrausgaben (bzw. Einsparungen) in einem Bereich mit der Forderung nach Mehrausgaben (bzw. Einsparungen) im anderen Bereich einher. Beispielsweise finden sich ähnliche Urteile für Kindergärten und Kindertagheime (F1303), allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen (F1302), Schwimmbäder/Sportanlagen (F1306) und Spielplätze (F1307) oder die Sprachförderung für ausländische Mitbürger (F1304) und die Integration ausländischer Mitbürger (F1305). Die Urteile der Befragten werden unterschiedlicher, je größer der Abstand zwischen zwei Punkten ist. Hier steht der Mehrausgabenwunsch in einem Bereich dem Einsparurteil in einem anderen Bereich gegenüber. So gehen etwa Mehrausgabenwünsche für die Integration ausländischer Mitbürger mit Einsparwünschen für den Ausbau des Straßennetzes (Straßenneubau) einher.

Abbildung 9: Mapping der Haushaltsausgaben 2011 (Beschriftung der Punkte vgl. Übersicht 1)



Ausgewogenes Abwägen der Aufgabenbereiche in der Bevölkerung

Die Streuung der Punkte und eine hier nicht ersichtliche Verdichtung der Punkte im Raum verdeutlicht, dass die Bürger/-innen Aufgabenbereiche gegeneinander aufrechnen und bei ihrer Bewertung die Kosten für Mehrausgaben berücksichtigen. Diesem „gegenseitigen Aufrechnen“ der Bereiche unterliegen sowohl Wert- als auch Interessensorientierungen der Bürger: So liegen Bereiche, die die Interessensorientierungen von bestimmten Gruppen betreffen wie Ältere, Familie, Kinder und Jugendliche in den Quadranten III und IV. Demgegenüber sind die Quadranten I und II von Bereichen besetzt, die eine allgemeine Interessensorientierung widerspiegeln wie Kultur, Umwelt (Quadrant II) und öffentliche Ordnung beziehungsweise Sicherheit (Quadrant I). Interessant in diesem Kontext ist, dass die Ausgabenprioritäten für den Wohnungsbau nicht im Bereich allgemeiner Interessensorientierung liegen, sondern in Beziehung stehen mit familien- beziehungsweise kinderbezogenen Ausgabenleistungen.

Übersicht 1: Zugehörigkeit der Haushaltsbereiche nach Clusteranalyse (Ward-Verfahren)

Gruppenzugehörigkeit	Ausgabenbereiche
Öffentliche Infrastruktur (1)	F1301 - Wohnungsbau F1302 - Schulen und Berufsschulen F1303 - Kindergärten und Kindertagheime F1306 - Schwimmbäder/Sportanlagen F1307 - Spielplätze
Integration	F1304 - Integration ausländischer Mitbürger F1305 - Sprachförderung für ausländische Mitbürger
Soziale Dienste	F1308 - Krankenhäuser F1309 - Alten- und Pflegeheime F1310 - Altengerechtes Wohnen F1311 - Ambulante Pflege- und Sozialdienste F1312 - Treffpunkte/Beratungsstellen für Ältere F1323 - Gesundheitsförderung
Kultur	F1313 - Theater/Museen/kulturelle Veranstaltungen F1314 - Begegnungsstätten in den Stadtbezirken für alle F1315 - Stadtbibliothek
Öffentliche Infrastruktur (2)	F1316 - Bildungszentrum (Volkshochschule) F1317 - Wirtschaftsförderung F1319 - Ausbau des Straßennetzes (Straßenneubau) F1320 - Zustand der Straßen (Straßenunterhaltung) F1324 - Sauberkeit der Stadt F1325 - Ortskernsanierung F1326 - Müllbeseitigung F1336 - Stärkung/Förderung der Stadtbezirke
Mobilität und Umwelt	F1318 - Ausbau des Fahrradwegenetzes F1321 - Öffentliche Verkehrsmittel F1322 - Parks und Grünanlagen F1327 - Umweltschutz F1328 - Verkehrsberuhigung in Wohngebieten F1331 - Förderung des Ehrenamts F1332 - Barrierefreie Wege/Zugänge für Rollstuhlfahrer F1333 - Treffpunkte für die Jugend
Öffentliche Sicherheit	F1329 - Schutz vor Kriminalität/öffentliche Sicherheit F1330 - Drogenbekämpfung F1334 - Bekämpfung der Jugendkriminalität F1335 - Videoüberwachung in Stadtbahn

Zukunftserwartungen der Stuttgarter Bevölkerung

Verbesserungen in der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt, bei gleichbleibender Zurückhaltung in vielen Bereichen

In den nächsten vier Jahren erwarten die Bürger eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Situation auf dem Arbeitsmarkt (vgl. Tabelle 14). Die Talsohlen in den Zukunftserwartungen der Jahre 2003, 2005 und 2009 erscheint damit durchschritten. Doch eine gewisse Zurückhaltung in den Erwartungen für die Zukunft bleibt auch weiterhin bestehen. Betrachtet man die Kommunalbarometerwerte für diese beiden Bereiche, dann liegen diese im unteren positiven Erwartungsbereich bei 54 und 53 Punkten. Ein moderates Niveau seit 2001 setzt sich auch für die anderen Bereiche fort. Hier schwanken die Kommunalbarometerwerte zwischen 40 Punkten (Wohnungsangebot/Wohnungsmarkt) und 49 Punkten (Gemeinschaftssinn/Bürgerschaftliches Engagement).

Tabelle 14: Entwicklung der Verhältnisse in Stuttgart bei den Bürgerumfragen 2001 bis 2011

Bereich ¹	Viel besser	Eher besser	Gleich bleiben	Eher schlechter	Viel schlechter	Kommunalbarometer					
	2011					2011	2009	2007	2005	2003	2001
	%					Punkte					
Arbeitslosigkeit	2	33	44	19	1	54	34	57	36	35	50
Wirtschaftliche Lage	3	33	42	21	1	53	36	59	41	38	51
Öffentliche Sicherheit, Schutz vor Kriminalität	2	13	57	26	2	46	43	47	42	44	42
Wohnungsangebot, Wohnungsmarkt	1	9	43	43	4	40	43	44	41	36	42
Sauberkeit der Stadt	2	11	61	24	2	46	46	46	44	44	42
Gemeinschaftssinn, bürgerschaftliches Engagement	2	21	51	24	2	49	47	45	43	41	39
Regelung des Autoverkehrs, Verkehrssicherheit	1	14	45	34	5	43	44	44	44	42	38
Verhältnis zwischen den Generationen	1	12	57	27	2	46	45	45	42	43	38
Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern	1	14	54	27	4	45	43	42	38	41	-

¹ Ohne Befragte in der Kategorie weiß nicht/keine Angabe.

- Werte nicht erhoben

Quelle: Bürgerumfragen 2001 - 2011

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Autor:
Anke Schöb
Telefon: (0711) 216-98553
E-Mail: anke.schoeb@stuttgart.de

¹ Vgl. Aust/Schröder (2009).

² Die Erfassung der Ausfallgründe erfolgt für die Bürgerumfrage nach einem standardisierten Codierschema, vgl. Hippler/Seidel (1985), Diekmann/Jann (2001) und aktuell AAPOR (2011).

Literaturverzeichnis:

American Association for Public Opinion Research (AAPOR), 2011: Standard Definitions: Final Dispositions of Case Codes and Outcome Rates for Surveys. Online in Internet. URL: http://www.aapor.org/AM/Template.cfm?Section=Standard_Definitions2&Template=/CM/ContentDisplay.cfm&ContentID=3156 (4.11.2011).

Aust, Folkert; Schröder, Helmut: Sinkende Stichprobenausschöpfung in der Umfrageforschung – ein Bericht aus der Praxis, in: Weichbold, Martin; Bacher, Johann; Wolf, Christof (Hrsg.): Umfrageforschung. Herausforderungen und Grenzen, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 9/2009, S. 195 - 212.

Hippler, Hans-Jürgen; Seidel, Kristiane: Schriftliche Befragung bei allgemeinen Bevölkerungsstichproben – Untersuchungen zur Dillmanschen „Total Design Method“, in: ZUMA-Nachrichten 16, 1985, S. 39 - 56.

Diekmann, Andreas; Jann, Ben: Anreizformen und Ausschöpfungsquoten bei postalischen Befragungen. Eine Prüfung der Reziprozitätshypothese, in: ZUMA-Nachrichten 48, 2001, S. 18 - 26.

Veröffentlichungen zu den Themen:

Bürgerumfrage 2009,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 1/2010

Anke Schöb:

Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2009,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 4/2010, S. 88-106

Michel Haußmann:

Die solidesten Hochburgen und die hartnäckigsten Kellerbezirke der großen Parteien in Stuttgart,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/2011, S. 339-344

Silvia Garten Cuezva, Michel Haußmann:

Das kommunalpolitische Interesse der Stuttgarter Bevölkerung ist gesunken,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 7/2008, S. 192-194

Robert Gunderlach:

Zwei von drei Straftaten werden in der Landeshauptstadt Stuttgart aufgeklärt Stuttgart mit 65 Prozent Aufklärungsquote 2009 an der Spitze der Großstädte,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 12/2010, S. 279